Nr. 292. Halle (Saale), Donnerstag, den 13. Dezember 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktagnachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 80 Pf. frei ins Haus; durch die Post bezogen 2.70 Pf. oder vierteljährlich 2.10 Mk. ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" wöchentlich erscheinende illustrierte Beilage (Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Part 42 44. Fernsprech. 1046 Sprechstunde: werktags von 12 bis 1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt (für die 56 mm breite Kolonelzeile od. deren Raum 50 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (90 mm breite Kolumnenzeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 9 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben (größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Part 40 44. Fernsprecher 1047 Geöffnet: werktags ununterbrochen 8.7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wiederaufnahme der Waffenstillstandsverhandlungen.

Deutscher Heeresbericht.

Großes Hauptquartier, 13. Dez. 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Von Dixmuiden bis zur Lys und südlich von der Scarpe zeitweilig erhöhte Artillerietätigkeit. Oestlich von Bullecourt entrissen unsere Truppen dem Engländer mehrere Unterstände und nahmen sechs Offiziere und 84 Mann gefangen. Zwischen Moeuvres und Vendhuille haben sich die schon am Abend lebhaften Artilleriekämpfe heute morgen verschärft. Auch nördlich von St. Quentin gesteigertes Feuer.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. In Verbindung mit Erkundungsgefechten lebte in einzelnen Abschnitten die Feuertätigkeit auf.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Wie vereinbart beginnen heute im Befehlsbereich des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern die Verhandlungen über den Abschluß eines Waffenstillstandes, der die zur Zeit bestehende Waffenruhe ersetzen soll.

Mazedonische Front. Im Cernabogen wurden in kleineren Unternehmungen eine Anzahl Italiener und Franzosen gefangen.

Italienische Front. Bei Schneefall und Nebel blieb die Gefechtstätigkeit gering.

•

Noch einmal die Proletarier aufrufen!

Keine Antwort der Alliierten.

Petersburg, 11. Dezember. Die Pet. Tel.-Agentur meldet: Am 28. November nachmittags ist unsere Friedensabordnung entsprechend der Verabredung in Brest-Litowsk eingetroffen und hat die Abordnung der Mittelmächte am 29 November mittags getroffen. Es nahmen daran teil: Der vom Rat der Volkskommissare beauftragte Vertreter der politischen Parteien, sowie militärische Vertreter der Armee und Flotte. Ueber einige Punkte ist in den ersten Sitzungen Einverständnis erreicht worden. Die bürgerliche Presse hatte einen Mißerfolg dieser Verhandlungen ausposaunt, ist aber nicht übel enttäuscht worden. Ihr Lügenunternehmen wird in allen Punkten entlarvt werden. Die Unterbrechung der Waffenstillstandsverhandlungen auf eine Woche wurde auf russischer Seite dazu bestimmt, sich noch einmal an die Alliierten zu wenden und noch einmal die Soldaten und Proletarier aufzurufen, nachdrücklich in den Gang der Ereignisse einzugreifen. Dieser Entschluß ist ausgeführt worden. Der Rat der Volksbeauftragten hat den alliierten Ländern vorgeschlagen, an den Friedensbesprechungen teilzunehmen, aber keine Antwort ist verneinbar geworden. Die Verantwortlichkeit fällt auf sie.

Die russische Abordnung reiste ab, um die Waffenstillstandsverhandlungen fortzusetzen, gestützt auf die moralische Kraft der siegreichen Revolution der Arbeiter und Bauern, um die Kanonen zum Schweigen zu bringen an der ganzen Front vom Baltischen bis zum Schwarzen Meer.

Die russische Abordnung wird die begonnenen Waffenstillstandsverhandlungen zum Abschlusse bringen, nicht die einer Macht, die sich ergibt, sondern als bevollmächtigte Vertretung des Landes eines aufrechten Volkes, auf welches die Blicke von Millionen und Abermillionen von Soldaten und Arbeitern der ganzen Welt gerichtet sind.

•

Stockholm, 12. Dezember. 1. Nach einer Meldung aus Haparanda wird als Bedingung des provisorischen Waffenstillstandes vom 7. bis 17. Dezember in einem Telegramm aus Petersburg angegeben: 1. Die Feindseligkeiten dürfen nur nach dreitägiger Kündigung wieder aufgenommen werden; 2. Truppentransporte von mehr als einer Division sind verboten.

•

Nach Waffenstillstand — Friedensschluß!

Bern, 12. Dezember. Der Petersburger Berichterstatter des Secolo brachte, die russische Abordnung zur Unterhandlung über einen Waffenstillstand habe den Deutschen politische Friedensvorschläge machen wollen, ohne irgendwelchen militärischen Plan zur Ausführung des Waffenstillstandes ausgearbeitet zu haben. Die Deutschen haben aber den politischen Plan der Russen zurückgewiesen mit der Begründung, nur über die militärische Bildung eines Waffenstillstandes unterhandeln zu wollen. Nachdem Offiziere des russischen Generalstabes die technischen Bedingungen für einen Waffenstillstand ausgearbeitet hatten, bestanden die Deutschen darauf, daß in dem Vertrage über den Waffenstillstand die Formel aufgenommen werde, sofort mit Unterhandlungen über einen formellen endgültigen Friedensschluß zu beginnen.

•

Auch Rumänien demobilisiert. Die Morning Post meldet von der rumänischen Front, daß auch im rumänischen Heere mit der Demobilisierung der 40—45jährigen begonnen werde.

An 11. Dezember hat das Mitglied des Hauptausschusses der sozialdemokratischen Partei Rumäniens, Natowski, die russische Regierung und die Bauern in einem Briefe begrüßt, in dem er sie aufforderte, von der rumänischen Regierung eine allgemeine Amnestie und die Berufung einer verfassunggebenden Versammlung nach demokratischen Grundsätzen zu verlangen.

Die Macht in den Händen der Arbeiterklasse. Petersburg, 11. Dezember. Der zweite Kongreß der Bauern-Abgeordneten ist eröffnet worden. Zur Vorsitzenden wurde Marie Spiridonowna mit 260 gegen 230 Stimmen, die auf Tschernow fielen, gewählt. Frau Spiridonowna erklärte, daß in der Geschichte Rußlands die Macht zum ersten Male in den Händen der Arbeitermassen liege und daß die Arbeiter- und Soldatenräte sie sich nicht entreißen lassen würden. Die revolutionären Sozialisten der Linken und der Bolschewiki schützten allein die Interessen der Massen seit neun Monaten. Frau Spiridonowna schloß ihre Rede mit den Worten: Wir beantragen einen Beschluß, daß die Souveränität der Arbeiter- und Soldatenräte mit der Souveränität des Volkes gleichbedeutend sein soll. Der Kongreß sendete Beifall.

•

Kämpfe gegen die reaktionären Gewalten.

Prawda teilt mit: Der erste Zusammenstoß zwischen den maximalistischen Truppen und einem Trupp des Generals Kornilow, der zwischen 3000 bis 4000 Mann zählte und mit Maschinengewehren ausgerüstet war, fand auf der Station Tamarowka, 28 Werst von Bolgorod, statt. — Die maximalistischen Kommissare der Schwarzen Meerflotte teilten telegraphisch mit, daß eine Abteilung Marinetruppen gegen Kaledin ausgeschickt wurde, der die Schwarze Meerflotte davor warnt, sich in die Angelegenheiten der Kosakengebiete einzumischen.

Der Korrespondent des Daily Chronicle in Petersburg meldet: Während der ganzen Nacht vom Freitag und den folgenden Tag über wütete die Feldschlacht. Ich kam selbst nach Bielgorod und vernahm dort, daß der Mitteilung des Eisenbahnerverbandes zufolge die antimaximalistischen Bataillone geschlagen worden seien. Es sind Kosakenverstärkungen von Kaledin unterwegs. Die soeben genannten Bataillone erklärten, sie seien den letzten Instruktionen des Generals Duchonin zufolge nach dem Kaukasus gesandt worden.

Revolutionäre Gerichtshöfe. Petersburg, 18. Dez. In ganz Rußland werden revolutionäre Gerichtshöfe eingesetzt zur Bekämpfung der Gegenrevolution, der Sabotage von Beamten, Plünderungen, Spekulation und Marodeuren. Die Mitglieder der revolutionären Gerichtshöfe werden von den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten gewählt. Sie sind frei in der Wahl der Mittel zur Bekämpfung der Uebertreter der revolutionären Gebote. Vorgeschlagen werden Geldstrafen, öffentlicher Tadel, Entziehung des öffentlichen Kredits, Zwangsarbeit und Freiheitsberaubung. Jeder ehrenhafte Bürger besitzt das Recht auf einen Verteidiger und auf einen öffentlichen Ankläger.

•

Die Entente und die Ukraine.

Kiew, 5. Dezember. Man berichtet dem Ukrainischen Bureau: „Die Diplomaten der Entente haben soeben der ukrainischen Zentralrada erklärt, ihre Regierungen seien bereit, die ukrainische Republik, bestehend aus allen nationalen Territorien, anzuerkennen, wenn die Ukraine sich verpflichtete, den Krieg auf seiten der Alliierten fortzusetzen.

Diesem Anerbieten gegenüber hat das ukrainische Parlament geantwortet, die Ukraine wünsche eine strenge Neutralität zu bewahren, um sich die Freundschaft der beiden kriegführenden Parteien zu erhalten; denn einerseits müsse sie für die gedeihliche Entwicklung im Innern des Landes Sorge tragen, andererseits sich die Hände freihalten, um dem moskowitischen Zentralisationsgeiste mit Erfolg entgegentreten zu können.

•

Die Lage Frankreichs.

Paris, 12. Dezember. In der Kammersitzung vom Dienstagnachmittag liefen vier Interpellationen ein. Der Abgeordnete Moutet (Soz.) interpellierte über die ohne Wissen des Parlaments abgeschlossenen Verträge mit Rußland, die Abgeordneten Mistral und Longuet (Soz.) über die Regierungspolitik gegenüber Rußland, der Abgeordnete Lairella über die Lage Frankreichs nach dem Ausscheiden der russischen Front, der Abgeordnete Margerine über die Maßnahmen, die Frankreich im Einverständnisse mit den Verbündeten zu treffen gedenke, um Rußland zur Entente zurückzuführen. Die Interpellationen werden am 20. Dezember zur Verhandlung kommen.

•

Die polnische Frage.

Wien, 12. Dezember. In hiesigen diplomatischen Kreisen erhält sich seit einigen Tagen das Gerücht, daß in der polnischen Frage neue Entscheidungen gefallen seien. Danach soll nicht nur eine Personalunion, sondern eine Realunion zwischen der Monarchie und Polen geplant sein. Galizien soll bei Oesterreich bleiben, doch soll das Land geteilt und in ein neues Kronland Ostgalizien mit Rücksicht auf die dortige Lage und der ukrainischen Volksmehrheit gebildet werden.

Im Augenblick, wo die Friedensverhandlungen mit Rußland vor der Tür stehen, wo die Ententeregierungen ihr Einverständnis zu den russischen Verhandlungen geben, wird diese Meldung des Berliner Lokal-Anzeigers veröffentlicht. Sie gibt ein Gericht wieder, das in diplomatischen Kreisen kursiert. Solange die Regierungen der Zentralmächte festhalten an den Methoden der Geheimdiplomatie, können auch Gerüchte zörnend auf die Friedensverhandlungen einwirken. Solange keine klaren Kundgebungen über die Kriegsziele der Zentralmächte vorliegen, müssen solche Gerüchte die Stellung der Kriegstreiber auf der andern Seite stärken. Wenn keine derartigen Pläne bestehen, so sollte das doch gesagt werden.

•

Eine internationale Flotte — für den Frieden.

Wie Matin aus Rennort erfährt, verlangt Marinesekretär Daniels in seinem Jahresbericht die Bildung einer internationalen Flotte nach dem Kriege. Der Beitrag jeder Macht zur Bildung der Flotte soll dem Reichtum der Bevölkerung angemessen sein. Die Vereinigten Staaten werden den Plan auf der Friedenskonferenz mit allem Nachdruck unterstützen.

Die Gärung in Portugal und Spanien.

Aus Paris meldet die Presse: Trotz der wiederholten Erklärung des portugiesischen Diktators Sidonia Paes, die neue Regierung werde ihre Bündnispflichten gegenüber der Entente erfüllen, erwecken die genaueren Nachrichten bei der Pariser Presse den bestimmten Eindruck, daß es sich um eine Neutralitätsbewegung gehandelt habe. Schon die Tatsache, daß gerade die treuesten Ententefreunde, der Präsident der Republik Machado, der Ministerpräsident Costa und der Minister des Aeußern Scares, die für die Kriegserklärung die persönliche Verantwortung tragen, abgesetzt und verhaftet worden sind, lassen auf ein kriegsfeindliches Verhalten der Revolution schließen. Einer der Hauptführer der Aufständischen, Santos, organisierte im Dezember 1916 die Meuterei der portugiesischen Truppen, die an die französische Front abgehen sollten. Verschiedene Anzeichen sollen darauf schließen lassen, daß die portugiesische Aufstandsbewegung von den spanischen Revolutionären unterstützt wurde. Der Matin macht darauf aufmerksam, daß die revolutionäre Bewegung sich in beiden Staaten der Halbinsel in auffälliger Weise entwickelt habe. In Spanien wie in Portugal hätten sich die pazifistischen und revolutionären Elemente zu einer Art Sowjet organisiert. Es habe den Anschein, als ob der Geist der Maximalisten auf der Halbinsel günstigen Boden finde.

Andere Meldungen besagen, daß die neue Regierung unter Paes gebildet, aber von der Entente noch nicht anerkannt sei. Es sei noch alles in Gärung.

Die Regierungen und die Völker.

Eine Rede des früheren Premierministers Asquith.

London, 12. Dezember. (Reuter.) Asquith hielt in Birmingham eine Rede, in der er u. a. sagte: Ich kann nicht vergessen, daß ich mit Sir Edward Grey eine größere Verantwortung habe, als sie je in der Geschichte vorlag. Wir hätten uns fernhalten können mit der Ausrede, daß unsere Verpflichtungen Belgien gegenüber gemeinschaftliche und nicht Sonderverpflichtungen waren. Mit anderen Worten, wir hätten für uns den Frieden haben können um den Preis einer Rechtsverdrehung, um den Preis der Schande. Wir waren der Ansicht, daß der Frieden einen solchen Preis nicht wert war. Ich behaupte entschieden mit aller Kenntnis, die wir jetzt haben: Sollte ich noch einmal die Zeit durchleben, ich würde dieselbe Entscheidung treffen. (Beifall.) Ein Frieden, der die Erreichung unserer ursprünglichen Ziele sichert und damit an sich die Bürgschaft für seine Dauer enthält, ist das oberste Lehrerschende Bedürfnis der Welt. — Hierauf sprach Asquith vom Briefe Lansdownes und sagte: Sein Hauptargument war wohl folgendes: Die Alliierten sollten, während sie den Krieg kräftig und stetvoll fortführen, bemüht sein, den Völkern der Welt, sowohl den kriegführenden wie den neutralen Völkern, immer mehr klar zu machen, daß die einzigen Ziele, für die wir in den Krieg eingetreten sind und für die wir kämpfen, nationale und uneigennützige Ziele an sich sind, und daß wir durch ihre Erreichung nach einer dauernden Friedensbürgschaft trachten, begründet durch die gemeinschaftliche Autorität eines internationalen Bundes. Um die jüngsten Worte des Präsidenten Wilson zu gebrauchen, so ist, um das Ziel zur wirksamen Geltung zu bringen, die Teilnahme nicht allein der Regierungen, sondern auch der Völker nötig, die fortan den Frieden verbürgen müssen. Selbst jetzt ist es reichlich klar, daß nicht die Regierungen, sondern die Völker der feindlichen Länder künstlich im Dunkel gehalten werden über unsere tatsächlichen Absichten, und ich werde weiter tun, was ich kann, um den Schleier zu lüften und womöglich einige Lichtstrahlen hineinzulassen.

•

Gegen den preußischen Militarismus.

Was Asquith darunter versteht.

London, 12. Dezember. (Reuter.) In seiner Rede sagte Asquith ferner: Die wichtigste, und wie ich glaube, vorherrschende dauernde Verkennung unserer Kriegsziele liegt darin, daß die fernere, wenn auch uneingestandene Absicht der Alliierten bestehe, Deutschland und das deutsche Volk nicht allein zu besiegen, sondern auch zu demütigen, in Armut zu versetzen und schließlich als Faktor für die weitere und reichere Entwicklung der Menschheit zu zerstören. Weder hier noch in Amerika ist irgend ein derartiges Ziel je aufgestellt oder auch nur vorgeschlagen worden. Ich gebe zurück auf meine eigene Angabe unserer Kriegsziele, die ich in Guildhall im November 1914 machte. Damals sagte ich, daß wir das Schwert nicht früher in die Scheide stecken würden, als bis die militärische Herrschaft Preußens ganz und endgültig zerstört sei. Bezüglich dessen, was wir unter dem preußischen Militarismus verstehen, verweise ich wiederum auf die letzte Rede des Präsidenten Wilson. Niemand bedroht den Bestand, die Unabhängigkeit und die friedlichen Unternehmungen des Deutschen Reiches. Niemand unter den Alliierten versucht oder nimmt es sich heraus, die innere Verfassung und Einrichtung des künftigen Deutschlands vorzuschreiben. Es ist ein eingewurzelter Grundsatz der Demokratie, daß jedes organisierte Volk der wahre, maßgebende, endgültige und einzige verantwortliche Richter seiner eigenen Regierungsform ist. Das ist also ihre eigene Sache. Woran wir und die übrige Welt beteiligt sind, ist nicht ein Volk, sondern ein System, das als Werkzeug zuerst in Preußen, dann im übrigen Deutschland verwendet wurde, jene doppelte Maschine des Militarismus und der Bureaukratie, zwei Maschinen, die sorgfältig und finnreich ineinanderarbeiten. Das ist das System, welches die Gewalt als die oberste Macht auf den Thron gesetzt hat, und welches sich selbst bei der Verfolgung seiner vermeintlichen Interessen die Freiheit zuerkannt hat, je nach den Bedürfnissen der Stunde die feierlichsten Verträge zu fälschen, zu verhöhnen oder aufzuheben, ein System, das in der Tat eine mehr als päpstliche Macht beansprucht, sich freizusprechen von Verpflichtungen und Beschränkungen, die die Rechte der Völker der Welt schützen. Das muß aufhören. Deutschland muß als eine rein geschäftliche Sache — abgesehen vom Gefühl

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171213-14/fragment/page=0001

und Ethik — lernen, daß dieses System sich nicht bezahlt macht. Wir haben uns wünschen keinen mörderischen und dauernden Streit mit der deutschen Nation. Wir erkennen an, was sie zu dem gemeinsamen Vorrat an Wissen und in der Forschung nach materiellen und geistigen Hilfsquellen beigetragen hat und, wie ich glaube, noch beitragen wird. Aber wenn ein Vertrag geschaffen werden soll, ein wirklicher und dauernder Vertrag, so muß er mehr sein als ein Stück Papier, geschrieben mit Tinte und gesiegelt mit Wachs. Er muß sich gründen auf den authentischen Beweis, daß das deutsche Volk bereit ist, ebenso wie wir den Grundsatz des gemeinsamen und gleichen Rechtes, nicht nur als bloß technisch oberste —, sondern tatsächlich beherrschende Autorität in der Welt anzunehmen, was durch geeignete und wirksame Maßnahmen bermittelt werden könnte. (Beifall.) Es ist unser gutes Recht, alle rechtmäßigen Methoden, wirtschaftliche sowohl als militärische, anzuwenden, um unsere Hauptziele zu sichern und einen solchen dauernden, fruchtbaren Frieden zustandebringen, wie die Welt ihn braucht. Die Stellung der Alliierten in dieser Angelegenheit ist mit vollkommener Klarheit vom Präsidenten Wilson in seiner jüngsten Botschaft gekennzeichnet worden, und ich unterschreibe achtungsvoll die Worte, deren er sich bediente und denen ich mich anschließe. Ein reinlicher Friede, das ist es, was die Bevölkerung dieses Landes und sämtliche alliierten Völker wünschen. (Beifall.) Und um ihn zu erreichen — nicht mehr, aber auch nicht weniger — sind sie unbeugsam in ihrer Entschlossenheit und in dem festen Willen, vorwärts zu gehen und alle notwendigen Anstrengungen und Opfer auf sich zu nehmen."

*

Diese Erklärungen Asquiths, der als kommender Ministerpräsident und Friedensschließer gilt, verdienen Aufmerksamkeit. Sie klingen in ihrem Unterton ganz anders als früher und bekennen sich zum Recht der Selbstbestimmung und Demokratie auch gegenüber den Mittelmächten. Ueber das preußische System des Militarismus und Bureaukratismus steht nach diesen Grundsätzen allein dem deutschen Volke die Entscheidung zu, sofern wir darunter sein inneres Wesen und Wirken verstehen. Nach außen tritt dieses System freilich der Entente als die deutsche Heeresmacht gegenüber, die die Entente militärisch brechen will. Die entscheidende Frage ist nun: wann glaubt die Entente, daß das geschehen sei? Welches müssen die Kennzeichen sein, daß die Entente glaubt, das Deutsche Reich werde nun alle die Sicherheiten für einen dauerhaften Frieden, für Einhaltung der Verträge usw. bieten? Da die Ententeregierungen weiter kämpfen, muß man annehmen, daß sie militärisch eine andere Lage herbeiführen wollen, daß sie jetzt noch nicht die Sicherheit für Durchsetzung ihrer Ziele durch Verhandlungen gegeben erachten. Man muß also Herrn Asquith auf seine demokratischen Friedensgrundsätze festlegen, aber zugleich konstatieren, daß die Ententeregierungen noch nicht zu Friedensverhandlungen bereit sind.

Gleiche Behandlung aller politischen Parteien?

Ministererklärung über politische Beamte.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

106. Sitzung. Mittwoch, 12. Dezember, mittags 12 Uhr.

Ein Antrag Fuhrmann (Natl.), der auch von Konservativen und Freikonservativen unterschrieben ist, ersucht die Regierung, das den Staatsbeamten verfassungsmäßig zustehende Recht der politischen Betätigung unter Zurücknahme neuerdings versuchter Einschränkungen sicherzustellen. — Ein Antrag Aronsohn (Volksp.) fordert für alle Zweige der Staatsverwaltung eine Verfügung, durch die den Staatsbeamten der freie Ausdruck ihrer politischen Ueberzeugung gewährt, jedoch untersagt wird, innerhalb der Diensträume oder auf dienstlichem Wege oder sonst durch Ausnutzung der Dienstgewalt zur Betätigung für politische Parteien aufzufordern.

Abg. Fuhrmann (Natl.)

begründet seinen Antrag: Am 1. Oktober hat der Minister des Innern eine Verfügung erlassen, wonach anläßlich einer Eingabe eines Oberpräsidenten entschieden wird, daß den Beamten der Beitritt zur Vaterlandspartei freisteht, es aber unerwünscht sei, wenn sie in Wort und Schrift für diese Bestrebungen eintreten. Das ist einem Verbot gleichzuachten. Sehr unerwünscht ist ein solcher Erlaß! (Zustimmung rechts und bei einem Teil der Natl.) Die politischen Rechte der Beamten können nur eingeschränkt werden, wenn ausgewiesenermaßen Staatsinteressen in Frage stehen. Dieser Fall trifft hier nicht zu. Fürst Bülow hat ausgeführt, daß die Beamten die freie politische Betätigung unter Bewahrung des notwendigen Tates haben, sich aber

nicht zur Sozialdemokratie bekennen dürfen,

weil diese die Grundlagen unserer Staats- und Gesellschaftsordnung bekämpft. Diese Auffassung hat inzwischen eine gewisse Wandlung erfahren. (Sehr wahr! rechts.) Dr. Michaelis hat von der Betätigungsfreiheit

nur die unabhängige Sozialdemokratie ausgenommen,

das monarchische Prinzip hat er aber fortgelassen; das scheint nicht mehr zu den Dingen zu gehören, die der Beamte schützen muß. (Sehr gut! rechts.) Die Vaterlandspartei will den deutschen Siegeswillen heben. (Lebh. Widerspruch und erregte Zurufe links. Gegenrufe rechts.) Die Kriegszielpolitik der Deutschen Vaterlandspartei ist auf ein größeres Deutschland gerichtet, also kann die Betätigung der Beamten für sie nicht Einschränkungen unterliegen. Das deutsche Volk wünscht einen wahrhaft deutschen Frieden, der unter der Mitwirkung und Mitbestimmung unserer obersten Heeresführer geschlossen wird. Ein eminentes staatserhaltendes Interesse müßte gebieten, den Beamten die Teilnahme an solchen Bestrebungen zu untersagen, die einen Scheidemann-Frieden propagieren. Daß die Vaterlandspartei gegründet ist, um die Demokratisierung Deutschlands aufzuhalten, ist eine unwahre Behauptung. Ich bitte deshalb den Minister des Innern, seinen Erlaß einer Revision zu unterziehen. Der Kultusminister hat für die ihm unterstellten Beamten den Erlaß bereits zurückgezogen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den Natl.)

Minister des Innern Dr. Drews:

Der angefochtene Erlaß erhält keinerlei Ausnahmebestimmung für die Vaterlandspartei, sondern bringt lediglich zum Ausdruck, was heißlich der Haltung der Beamten meines Ressorts gegenüber allen politischen Parteien zu gelten hat. Ich habe es mir zur obersten Grundlage meines Handelns gemacht, in allen Fragen, wo eine Stellungnahme des mir unterstellten Behördenapparates zu den politischen Parteien in Betracht kommt,

alle politischen Parteien gleich zu behandeln.

(Lebh. Zustimmung links.) Ich will allen Parteien gegenüber vollkommen objektiv auftreten und mich deshalb nicht auf ein Urteil über die Vaterlandspartei einlassen. Die Regierung steht heute noch zu dem Worte des Königs:

Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.

Auf diesem Standpunkt wird die Regierung stehen bleiben terneuter Beifall, es sei denn, daß eine Partei den Beweis führt, oder daß der Beweis erbracht wird, daß eine Partei Verrat am Vaterlande treibt.

Die Grundlagen, die ich von den Beamten beobachtet wissen will, sind kurz folgende: Grundsätzlich herrscht politische Meinungsfreiheit. Keinen Beamten soll, wenn er dieser oder jener Partei beitreten oder ihr fern bleiben will, irgendein Vorwurf treffen. Aber bei der Agitation, bei dem Eintreten in Wort und Schrift für die Ziele einer Partei ist der Beamte gewissen Einschränkungen unterworfen. Er muß es unbedingt unterlassen, auf die nachgeordneten Beamten einen Druck zugunsten oder Ungunsten einer Partei auszuüben; ebenso darf er bei seinen amtlichen Entscheidungen Dritten gegenüber solche Einwirkung nicht ausüben. Ferner darf er nicht während der Amtsstunden mit den amtlichen Materialien Agitation für eine politische Partei treiben. Zu diesen Beschränkungen, die für alle Beamten gelten, kommt für die der inneren Verwaltung noch etwas: Die politischen Beamten haben außerdem oft politische Entscheidungen zu fällen und dabei muß der Anschein vermieden werden, als ob diese Beamten irgendwie durch ihre Parteistellung beeinflußt werden. Wie schon Fürst Bismarck vorschrieb, ist es Aufgabe der politischen Beamten, die Politik der Regierung nach außen zu vertreten. Wenn ein politischer Beamter sich für eine bestimmte Partei betätigt, so weckt er in der Bevölkerung den Anschein, daß die Ziele dieser Partei und der Regierung identisch seien. Wir müssen alles vermeiden, was die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten in unserem Volke erweitern oder vertiefen könnte; deshalb ist auch die Enthaltung der Beamten von der Parteiagitation nötig. Damit dienen wir der Einheit unseres Vaterlandes, die wir nicht nur nötig haben, um den Krieg zu gewinnen, sondern die wir auch bei der Erfüllung unserer Zukunftsaufgaben bitter brauchen. (Beifall.)

Abg. Kanzow (Volksp.):

Wir wollen freiheitliches Beamtenrecht, Beamtenausschüsse und Beamtenkammern schaffen, das Disziplinarrecht verbessern und das Vereinigungsrecht der Beamten ausgestalten. (Sehr auf! links.) Wir bedauern, daß das heute verkündete gleiche Recht für die Beamten nicht schon länger in Preußen gilt. Minister v. Dallwitz sagte 1912, der Beamte breche seinen Treueid, wenn er bei Wahlen antimonarchische Parteien fördere. Unter Umständen kann

ein Beamter auch einen Sozialdemokraten wählen

wollen, daran geht doch das Vaterland und die Monarchie noch nicht zugrunde. (Widerspruch rechts.) Zugunsten der Vaterlandspartei ist in preußischen Amtsräumen auf die Beamten in einer Weise eingewirkt worden, die durchaus nicht zu billigen ist. Redner führt viele Beispiele an. Mit dem Kaiser steht das deutsche Volk auf dem Standpunkt, nur einen Verteidigungskrieg zu führen, der nicht wegen phantastischer Eroberungen verlängert werden darf. Hinter der Reichstagsmehrheit soll nicht die Volksmehrheit stehen; die Volksmehrheit kann allerdings nicht mit ungezählten Millionen Zeitungen aufkaufen! (Sehr gut! links.) Eine geheime Abstimmung würde unser Volk auf der Seite der Reichstagsresolution zeigen. Wer Teleprathiert immerzu Hindenburg an? Er hat gesagt, die deutsche Eiche brauche Licht und Sonne, aber nicht, daß sie neue Erde brauche. (Sehr gut! links.) In der Gründungsversammlung der Vaterlandspartei sprach der Herzog von Mecklenburg von bewußten und unbewußten Agenten des Feindes, die den deutschen Siegeswillen zu untergraben suchen; damit konnte nur die Reichstagsmehrheit gemeint sein. (Hört, hört! links.) Unzweifelhaft will die Vaterlandspartei der Sammelbunkt für alle Gegner der demokratischen Entwicklung der neuen Zeit sein. Bismarck hat jeden Zuwachs fremdsprachiger Gebiete als eine Schwächung des Deutschen Reiches bezeichnet. Natürlich haben beim Friedensschluß die Heerführer mitzusprechen, aber Bismarck hat die entscheidende Stimme für die politische Leitung verlangt. (Lebh. Beif. b. d. Volksp.)

Abg. v. Hennigs-Techlin (Kons.) tritt energisch für die Vaterlandspartei ein die gegründet sei, um für die Stimmung im Lande zu sorgen, was ja eigentlich Aufgabe der Regierung gewesen wäre, die hier einer schweren Unterlassungssünde anzuklagen sei. (Lebh. Zustimmung rechts.) Als von den Alldeutschen die Rede war, rief man von der äußersten Linken, wohl der Abg. Hue: So wird der Krieg gemacht. (Abg. Hue (Soz.): Das ist nicht wahr. Sie sind ein Lügner! Großer Lärm und Vizepräsidenten rechts. Vizepräs. Dr. Porsch ruft den Abg. Hue zur Ordnung.) Gewisse Parteirichtungen dürfen von den Beamten nicht vertreten werden. (Lebh. Beif. rechts. Zischen b. d. Soz.)

Ein Antrag Hoffmann (U. Soz.) will den Beamten die politische Betätigung für alle Parteirichtungen freigeben. Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Abg. Leinert (Soz.):

Hier sowohl wie im Reichstag ist stets entschieden der Standpunkt festgehalten worden, daß Wahlen für ungültig erklärt werden, wenn politische Beamte Wahlaufrufe mit ihrem amtlichen Titel unterschreiben. An diesem Standpunkt halten wir fest. Außerhalb der Wahlbeeinflußung treten wir ein für das gleiche Recht sämtlicher Beamten. Dem stehen entgegen die Erlasse von 1882 und 1899, worin gesagt ist, daß die Beamten sich von jeder Agitation gegen die Regierung fernzuhalten haben, und worin verlangt wird, daß die Beamten die Politik der Regierung selbst gegen ihre eigene Ueberzeugung vertreten. Politische Beamte, die die Politik der Regierung nicht vertreten können, müssen ihr Amt zur Verfügung stellen. Wir verlangen

die Aufhebung sämtlicher Erlasse, die die freie politische Betätigung der Beamten einschränken. Ich freue mich, daß der Minister des Innern heute den Grundsatz der freien politischen Betätigung der Beamten ohne jede Einschränkung im Gegensatz zu dem früheren Reichskanzler Michaelis ausgesprochen hat, der ja eine Partei ausgenommen wissen wollte. Wir haben noch nie ein Interesse daran gehabt, einen Minister zu stützen. Aber ich muß doch sagen, daß es jetzt das extremal ist, daß

wir einem Minister des Innern vertrauensvoll entgegenkommen.

(Lebh. Hört, hört!) Ohne Mißbrauch des Beamtenapparates wäre die Vaterlandspartei überhaupt nicht in der Lage, über irgendeine nennenswerte Zahl von Anhängern zu verfügen. Nur durch den behördlichen Druck ist diese volksfeindliche Bewegung gefördert worden. Wir müssen Einspruch dagegen erheben, daß die Versammlungen der Vaterlandspartei erlaubt werden. Versammlungen zu ihrer Bekämpfung dagegen verboten werden, wie in den Bereichen vieler Armeekorps geschehen ist und dauernd geschieht, auch hier in Berlin. Sie behaupten auch, eine besondere monarchische Gesinnung zu haben, und tun so, als ob der Kaiser mit der Politik der Regierung nicht einverstanden sei und sie nun den Kaiser stützen müssen. Die Vaterlandspartei erklärt es sogar für frivol, den Kaiser für den Verständigungsfrieden in Anspruch zu nehmen. (Sehr richtig! rechts.) Das ist vollkommen falsch, denn in der Antwortnote an den Papst stellt der Reichskanzler ausdrücklich die Uebereinstimmung des Kaisers mit diesen Zielen fest. (Sehr richtig! links.) Durch diese Agitation der Vaterlandspartei wird der Kaiser in Gegensatz zum Volke gebracht. Diese Tiertier haben immer dem Grundsatz geäußligt: „Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut!" Es ist eine Unverschämtheit der Vaterlandspartei, während des Krieges davon zu reden, daß der Kampf gegen den „inneren Feind" aufgenommen werden müsse. Bei der Arbeiterschaft wird sie mit ihrer Agitation kein Glück haben, aber sie wirkt zersetzend und vergiftend im Volke. Sie verhetzt das Volk und nutzt die Abhängigkeit der Beamten aus für Ziele, die nicht die Ziele des deutschen Volkes sind. Die Vaterlandspartei schürt den Völkerhaß, während an sich das deutsche Volk in erfreulichem Gegensatz zu anderen Völkern keinen Haß gegen die gegnerischen Völker kennt. Die Alldeutschen wollten nach ihrem eigenen Zugeständnis diesen Krieg zu einen Eroberungskrieg machen, um andere Völker mit Gewalt unter die deutsche Junkerherrschaft zu bringen. Die Agitation der Alldeutschen und der Vaterlandspartei ist es, die in England und Frankreich die kriegslüsternen Ministerien Lloyd Georges und Clemenceau am Ruder hält. (Widerspruch rechts.) Das deutsche Volk wird den heutigen Tag fagen als einen Tag der Reinigung von der vergiftenden Agitation der Vaterlandspartei, die uns draußen bei anderen Völkern in Mißkredit gebracht hat. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Mertin (Freikons.) tritt für die Vaterlandspartei ein, gegen die wirkliches Material gar nicht vorgebracht sei.

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hue (Soz.): Da meine Stellung zur Vaterlandsverteidigung bekannt ist, muß ich gegen den Abg. Hennigs den Vorwurf aufrechterhalten, daß er nicht nur objektiv die Unwahrheit gesagt hat (Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Redner zur Ordnung).

Abg. Hennigs: Ich kann meiner Freude über die Stellungnahme des Abg. Hue Ausdruck geben und den Vorwurf gegen ihn zurücknehmen.

Abg. Hue nimmt hierauf auch dere erhobenen Vorwurf gegen den Abg. Hennigs zurück.

Die beiden Anträge gehen an einen Ausschuß von 21 Mitgliedern. — Donnerstag 11 Uhr: Anträge, Frage der Kohlenversorgung. Schluß 5½ Uhr.

Politische Uebersicht.

Das Wahlrecht im Gutsbezirk.

Die schon so viel kritisierte Wohnsitzklausel der Wahlreformvorlage findet eine neue Beleuchtung in einer Zuschrift, die die Freisinnige Zeitung aus Ostelbien erhält. Darin heißt es:

„Der Preuße ist nur in der Gemeinde wahlberechtigt, in der er seit einem Jahre seinen Wohnsitz oder Aufenthalt hat. Den Gemeinden im Sinne des Gesetzes stehen die Gutsbezirke gleich. In Pommern besteht nun für sämtliche verheirateten Knechte und Tagelöhner eine halbjährige Kündigungsfrist zu Martini. Auch die Hofmeister, Kutscher, Stadtknaben, Schweinearbeiter, also gehobene oder gar gelernte Arbeiter oder Unterbeamte, stehen unter demselben Recht. Bei ledigen Leuten wird Johanni gekündigt zum 28. Oktober. Man stelle sich nun das Wahljahr vor. Werden nicht alle politisch „verdächtigen" Leute rechtzeitig lebhaftet werden, und zweifelt irgend jemand, daß mit derselben Rücksichtslosigkeit, wie vor dem Kriege, auch künftig von derjenigen Klasse verfahren werden wird, die jetzt mitten im Kriege beweist, daß sie nicht das mindeste gelernt, nicht das geringste vergessen hat! Und wer hilft dafür, daß nicht künftig ein Minister des Innern die Landtagswahl ausgerechnet auf den 11. November festsetzt? — Man muß eben den Entwurf lesen mit der eroberlichen Kenntnis ostelbischer Zustände; dann sagt dieser Entwurf klipp und klar, daß die vorgeschlagenen Bestimmungen unter Umständen eine glatte Massenentrechtung der in Großbetrieben angestellten ländlichen Arbeiter und Unterbeamten herbeiführen müssen. Diese Leute können, im Kreise geboren, ihr Leben lang ihre Arbeit der engeren und engsten Heimat gewidmet haben; wenn es dem „Herrn" paßt, dann werden sie rechtzeitig vor der Wahl auf Grund ihres Arbeitsvertrages gezwungen, von Pümpelhagen nach dem benachbarten Dorfe überzusiedeln — und gehen ihres Wahlrechtes verloren. Das können auch Leute sein, die mit dem Eisernen Kreuz I. nach Hause kommen, und der „Herr" kann eine Persönlichkeit sein, die während des ganzen Feldzuges „dauernd unabkömmlich" war.

Man sieht aus dieser Zuschrift von neuem, daß der Weg aus Preußen ins Land der Freiheit lang und mit Hindernissen gepflastert ist. Ein solches Hindernis bilden auch die Gutsbezirke, deren Beseitigung der Verfasser aufs entschiedenste fordert.

Die „Vaterlandspartei" und die Friedensverhandlungen.

Die kürzlich in Berlin versammelt gewesenen Vorsitzenden der Landesvereine der Vaterlandspartei gaben in einer Entschließung den deutschen Waffenstillstands- und Friedensunterhändlern ihr Diktat mit auf den Weg. Es wird ihnen nämlich in reichlich anmaßendem Tone mehr befohlen als empfohlen, daß sie „mit Festigkeit und Klarheit die Folgerungen aus der Lage ziehen und unter Ablehnung eines allgemeinen Friedenskongresses von Staat zu Staat verhandeln". Bei der Lösung der östlichen Fragen sollen nur deutsche Interessen maßgebend sein, die angeblich auch die Interessen Russlands seien. Was diese gemeinsamen Interessen umfaßt, ist nach der erwähnten Kundgebung vor allem die militärische Sicherung unserer Grenzen, das notwendige Siedlungsland, die feste Begründung der deutschen Machtstellung in der Ostsee! Im Westen endlich wünschen die Herren, „nicht eher das Schwert aus der Hand zu legen, als bis wir die Machtgrundlage auch England gegenüber uns erkämpft haben".

Jetzt wissen also alle, die es angeht, Bescheid. Wann und wie die oben erneuerten Kriegsziele der Alldeutschen erreicht werden sollen, macht den heimatlichen Helden der Vaterlandspartei keine Kopfschmerzen. Sie können abwarten und durchhalten.

Die Pakete des Reichskanzlers.

Während alle gewöhnlichen Staatsbürger im Deutschen Reiche unter der Rationierung immer mehr abnehmen (sogar der Holsische Oberbürgermeister verkündete in feierlicher Sitzung, daß er 45 Pfund verloren habe!), kann der deutsche Reichskanzler von Glück sagen, daß er nicht unter der Rationierung leiden werde. Als ihm nach seiner Uebersiedelung nach Berlin eine rationierte Lebensweise drohte, fanden mitleidsvolle Freunde für ihn schnell einen unrationierten Ausweg. Mit echt kollegialer Hilfbereitschaft sprang ihm der großmächtige bayerische Verkehrsminister Herr v. Seidlein bei, indem er folgenden Erlaß an das Personal der Postanstalten erließ:

München, 21. Nov. 1917.

Betreff: Sendungen an den Reichskanzler Grafen Hertling.

Nach Mitteilung des Herrn Reichskanzlers des Grafen v. Hertling sollen die ihm aus Bayern zugehenden Lebensmittel, Postsendungen aus Rohrholding, Traunstein, Fürstenfeld (Baer. Wald), Hengersberg, Augsburg-Haupstpost und München-Hauptpost unbeanstandet abgeschickt werden.

Damit die Postsendungen unbeanstandet durchgehen, sind die betreffenden Postanstalten sofort anzuweisen, die Sendungen unmittelbar nach Berlin — nicht über die Ueberwachungsstellen — zu leiten. Eine Abtempelung der Begleitpapiere und Adressen der Sendungen durch eine bayerische Lebensmittelstelle kann nicht in Betracht kommen, da die Sendungen verschiedene Lebensmittel enthalten sollen. Die Pakete werden an den Herrn Reichskanzler persönlich adressiert werden. Die militärischen Lebensmittelprüfungsstellen sind verständigt.

Dies zur Kenntnis und Darnachachtung.

Depptch."

Außer allem anderen sagt dieses Dokument amtlich, daß die strenge Ueberwachung und Hinderung der Lebensmittelausfuhr aus Bayern auch ihre Ausnahmen kennt. Zugleich bestätigt sie, daß die Rationierung wohl eine Aufbesserung vertragen könne. ...Daraus sollte schleunigst die notwendige Nutzanwendung gezogen werden, aber für alle. Und noch eins verdient erwähnt zu werden. Es war am 20. November, als Herr Graf Hertling seine erste Reichstagsrede mit den Worten schloß: Abwarten, aushalten und durchhalten...

Wenn wir nur alle Reichskanzler wären.

Wegen Majestätsbeleidigung verurteilt.

Königsberg, 11. Dezember. Die Strafkammer des Landgerichts verurteilte den Professor der Theologie an der Universität Königsberg, Friedrich Lezius, wegen Majestätsbeleidigung, begangen in einem Schreiben vom 6. Mai 1916, zu zwei Monaten Festung. Aus Gründen der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171213-14/fragment/page=0002

„Gefährdung der öffentlichen Ordnung" war die Oeffentlichkeit für die Dauer der ganzen Verhandlung ausgeschlossen.

Kleine politische Nachrichten.

Einmalige Teuerungszulage für Beamte. Im Staatshaushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses erklärte der Finanzminister sich damit einverstanden, daß die verheirateten Beamten eine einmalige Teuerungszulage von 200 Mark (für jedes Kind 20 Mk. mehr) und die unverheirateten 150 Mk. erhalten. Der Minister sagte ein gleiches Vorgehen im Reiche zu, konnte aber eine Erhöhung der laufenden Kriegsbeihilfen jetzt nicht in Aussicht stellen.

Mitteilungen aus der österreichischen Armee.

machte der österreichisch-ungarische Kriegsminister den Heeresausschüssen der Delegationen. Reklamiert sind noch 1½ Millionen Dienstpflichtige. Fast die Hälfte des Heeresersatzes stellen die Wiedergenesenen. Aktive Offiziere verhalten sich zu Reserveoffizieren wie 1 : 4. 65 000 Reserveoffiziere werden ausgebildet (aus Dienstpflichtigen mit Einjährigenrecht). Von den 22 000 Aerzten des Reiches sind 14 500 militärisch tätig. Es sind wiedergenesen von den Verwundeten und Erkrankten im ersten Kriegsjahre 78 Prozent, im zweiten 83 Prozent. Die Seuchen sind im zweiten Kriegsjahr um die Hälfte zurückgegangen, doch tritt in Albanien viel Malaria auf. 45 000 tuberkulöse Soldaten stehen in Fürsorge. Hier steigen die Erkrankungen, ebenso bei Trachom (ägyptische Augenentzündung) und Geschlechtsleiden. 200 000 Soldaten sind als invalid erklärt, davon aber nur sehr wenige ganz erwerbsunfähig. 22 000 Schwestern sind im Dienst. — Die Seuchen bei den Gefangenen sind erloschen. 10 000 Offiziere und 1½ Millionen Soldaten sitzen in der Doppelmonarchie in 41 Lagern gefangen. Für 50 000 Internierte mußten Unterkünfte beschafft werden. Die Einziehung der Kirchenglocken ergab 12 Millionen Kilogramm Kupfer, die der Kupferdächer 1½ Millionen Kilogramm. Die Zahl der Munitionsbetriebe hat sich seit Kriegsbeginn von 50 auf 600 Haupt- und 19 060 Unterbetriebe erhöht.

Ein Regierungssozialist im Aufklärungsdienst.

In Blankenburg am Harz fand am 1. Dezember eine von den Regierungssozialisten einberufene öffentliche Volksversammlung statt. In der Versammlungsausschreibung war ausdrücklich als zweiter Tagesordnungspunkt angegeben: Diskussion. Ein Herr Friedrich, Redakteur an dem den Braunschweiger Arbeitern entwendeten Volksfreund, referierte. Noch vor Schluß des Referats meldete sich ein Genosse unserer Partei zum Wort. Es wurde ihm, wie das bei den Versammlungen der Regierungssozialisten jetzt üblich ist, verweigert mit der Begründung, daß die Behörde jede Diskussion verboten habe. Zum Erstaunen der Versammlung erhielt aber nach einer Pause trotz des behördlichen Verbots ein Gereiter das Wort, ohne daß die überwachende Polizei eingriff. Das Rätsel löst der Braunschweiger Volksfreund in seinem Versammlungsbericht. „So mußte sich die Versammlung damit begnügen, daß nur noch der Gefreite Willi Hesse, als sächsischer Genosse, der in Blankenburg in Garnison liegt, eine kurze Ansprache an sie richten durfte." Das mag etwas eigenartig sein, aber Genosse Hesse ist für die von den Generalkommandos eingerichtete Aufklärungsarbeit tätig und hatte es ermöglicht, sich von der Kreisdirektion die besondere Erlaubnis zu erwirken, daß er das Wort nehmen durfte. Er ließ es sich besonders angelegen sein, der Einigkeit aller das Wort zu reden.

Also: ein sächsischer Genosse — natürlich der Regierungssozialisten — steht in dem Aufklärungsdienst; während man unserm Genossen das Wort verweigert, darf er mit besonderer Erlaubnis der Kreisdirektion reden; er spricht im Interesse des kriegsministeriellen Aufklärungsdienstes „für die Einigkeit aller", und die Regierungssozialisten nehmen in ihren Volksversammlungen die Mitwirkung des Aufklärungsdienstes an und quittieren dem „Redner des Aufklärungsdienstes" mit lebhaftem Beifall. Nennen wir diese Leuchten nicht mit Recht: Regierungssozialisten?

Weitere Kriegsnachrichten.

136 Millionen Mark englisch englische Kriegsausgabe. London, 12. Dezember. Im Unterhaus erklärte Bonar Law bei der Besprechung einer Kreditvorlage von 550 Millionen Pfund Sterling: Der neue Kredit erhöhe die Summe, die für das Bürgerjahr bewilligt wurde, auf 2450 Millionen. Die durchschnittliche tägliche Ausgabe betrage für die 33 Tage vor dem 1. Dezember 6 794 000 Pfund Sterling (136 Millionen Mark), das überschreite die Schätzung im Budget um 1 383 000 Pfund Sterling täglich.

Das Kesseltreiben gegen Caillaux. Paris, 12. Dezember. Nach dem Schriftstück, in dem um die Ermächtigung zur Strafverfolgung des Deputierten und früheren Ministers Caillaux nachgesucht wird, soll dieser sich eines Verbrechens auf die Sicherheit des Staates schuldig gemacht haben durch Umtriebe, die geeignet gewesen seien, die Bündnisse Frankreichs bloßzustellen, ferner eines Einverständnisses mit dem Feinde und drittens einer flaumachenden Propaganda. Sollte aber die Anklage auf einen Anschlag gegen die Staatssicherheit endgültig aufrechterhalten bleiben, so würde Caillaux vor dem Staatsgerichtshof verwiesen werden müssen.

Ein englisches Luftschiff vernichtet. Berlin, 12. Dezember. Eines unserer Marineflugzeuge, Führer Oberleutnant zur See Christiansen, hat bei einem Aufklärungsflug in den Hoffden am 11. Dezember vormittags das englische Luftschiff C 27 vernichtet. Das Luftschiff stürzte brennend in die See. (Amtlich.)

England kann Finnland nicht helfen. Der Beauftragte für Volksernährung im finnischen Senat, Professor Wendt in Stockholm, erhielt von Lloyd George als Antwort, England befinde sich zurzeit leider selbst in einer solchen Lage, daß die englische Regierung außerstande sei, Finnland in seiner Not zu helfen. Lloyd George rät ihm aber, mit der amerikanischen Regierung zu verhandeln. Der Brief schließt mit der Hoffnung daß diese Verhandlungen zu einem erfolgreichen Ergebnis führen mögen.

•

Versenkungen. Berlin, 12. Dezember. Eines unserer Unterseeboote, Kommandant Kapitänleutnant Zeß, hat neuerdings im Sperrgebiet um England 35 000 Tonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befanden sich ein sehr großer Dampfer mit vier Masten, zwei mittelgroße bewaffnete Dampfer, von denen einer durch vier Bewacher gesichert war, ein Passagierdampfer von etwa 7500 Tonnen, sowie ein mittelgroßer Tankdampfer. (Amtlich.)

•

Der Monatsverlust der norwegischen Handelsflotte. Im Monat November hat die norwegische Handelsflotte 13 Fahrzeuge mit einer Gesamttonnage von 19 000 Tonnen durch Kriegsmaßnahmen verloren; außerdem gingen noch mehrere tausend Tonnen durch gewöhnliche Seenfälle verloren, so daß der gesamte Verlust trotz einiger Neubauten sich auf über 25 000 Tonnen beziffert. Am 1. Dezember hatte Norwegen 3283 Fahrzeuge von zusammen 2 079 730 Bruttoregistertonnen.

•

Die Japaner in Wladiwostok. Washington, 11. Dez. Die Nachrichten aus Tokio, daß in Wladiwostok japanische Truppen angekommen sind, wird von der japanischen Botschaft bestätigt. Es wird erklärt, daß die Japaner technische Truppen nach Wladiwostok geschickt haben, um den Hafen als Endpunkt der sibirischen Eisenbahn zu betreiben.

Gewerkschaftliches.

Die Tarifverlängerung im Baugewerbe.

Die nach längeren Verhandlungen im Reichswirtschaftsamt zustande gekommene Vereinbarung vom 29. November 1917, die unter Festsetzung neuer Teuerungszulagen eine Verlängerung des Reichstarifvertrages für das Baugewerbe bis zum 31. März 1918 vorsieht, ist nunmehr gesichert. Sowohl der Generalversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe als der Verbandsvorstand und Verbandsbeirat des Deutschen Bauarbeiterverbandes haben der Vereinbarung zugestimmt.

Lenin.

Der Bote der russischen Revolution, das Auslandsorgan der Bolschewiki, bringt aus der Feder P. Orlowitis folgende Charakteristik des Führers der bolschewikischen Revolution.

Im Jahre 1903, als die bekannte Spaltung in der russischen Sozialdemokratie entstand, wurde seitens der Menschewiks der Ausdruck „die eiserne Faust Lenins" lanciert. Der Ausdruck ist gut: es ist wirklich ein Mann mit der eisernen Faust — ein willenskräftiger, zäher Charakter, der vor keinem Widerstande zurückweicht, sich durch keine Mißerfolge entmutigen läßt, zu seinem Ziele unermüdet und beharrlich geht.

Es ist ein Mann mit eiserner Faust, mit eisernem Charakter und mit eisernen Nerven.

In einem anderen Milieu wäre aus ihm ein hervorragender Gelehrter, ein tüchtiger Staatsmann, ein unermüdeter Pionier der Sache, der er sich gewidmet hätte, geworden. In Rußland, wo alles Ehrliche und Tüchtige notwendigerweise oppositionell wurde, konnte er nur ein Revolutionär werden, und dabei nur ein linksstehender Revolutionär. Denn jeden Gedanken muß er konsequent bis zu letzten Schlüssen durchdenken und jedes Handeln bis zu Endresultaten treiben.

Und so wurde er Sozialdemokrat. Der Name, den ihm sein im Jahre 1889 hingerichteter Bruder hinterließ, erleichterte ihm den Zutritt zu der Partei: aber das war auch kaum nötig. Durch seine Begabung, durch seine Kenntnisse und durch seine Energie erreichte er bald die führende Stellung in der Partei.

Es waren Jugendjahre der russischen Sozialdemokratie. Die Partei existierte eigentlich noch nicht. Der erste Versuch, die zerstreuten sozialdemokratischen Organisationen zu einer Partei zu sammeln, endete mit Verhaftung der meisten Kongreßdelegierten. Die Bewegung und die Organisation waren in Rußland noch zu schwach, die Polizeiverhältnisse zu schwer, als daß man im Lande selbst ein tatkräftiges Zentrum bilden konnte.

Das verstand Lenin, der die Jahre 1897 bis 1899 im Exil in Sibirien verbrachte, und nach einer Verständigung mit seinen damaligen Freunden Martoff und Potressoff begaben sich alle drei, damit einigen anderen Genossen, nach dem Auslande und gründeten dort, zusammen mit Plechanoff, Axelrod und Sassulitsch, die Zeitung Iskra (Der Funke).

Nun begann die Periode des Aufbaues unserer Partei, und — ohne die Verdienste anderer Genossen zu vermindern — muß man gestehen, daß diese Periode unter dem Zeichen Lenins steht, daß er die Seele dieser Bewegung war. Die Idee bestand in der Bildung einer Partei auf dem Wege systematischer Propaganda, zu welchem Zwecke das Blatt dienen sollte. Der Bau der Partei geschah von oben, aber gleichzeitig entstand eine spontane Massenbewegung von unten, welche in den Iskra-Komitees, Organisationszentren, Vertretungsorgane sand. Dieser Organisationsplan, gegen den manche Gegner der Iskra, später auch einige der Redakteure selbst (nach der Spaltung, als die Leute ihre eigene Arbeit zu dialkeditieren begannen), hat sich in der Revolution vom Jahre 1905 als vollständig richtig erwiesen: die Massenbewegung der Arbeiter ging überall unter dem Zeichen der Sozialdemokratie und der Iskra.

Aber vor dieser ersten Revolution kam es zur Spaltung der Partei. Es war „eine alte Geschichte" — zwei Psychologien, hinter denen zwei große Gruppen des Proletariats standen: die Fabrikarbeiter und die Arbeiterschaft der Kleinbetriebe — eine Teilung, die auch in manchen europäischen Arbeiterorganisationen entstand. Daß Lenin das Haupt des revolutionären Flügels wurde, das konnte man leicht vorhersehen. Er nahm den Kampf gegen den Opportunismus mit der ihm eigenen Energie auf.

Ganz wie in Deutschland, ging die Mehrzahl der Intellektuellen in das opportunistische Lager. Dieser Prozeß geht wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der russischen Sozialdemokratie seit 1903 bis heute. Der Sieg der Bolschewiks am 7. November hat diese Scheidung besonders klar ans Licht gebracht: Die Masse der sozialistischen Intelligenz hat sich mit der bürgerlichen Intelligenz zu gemeinsamem Kampf gegen die Arbeiterklasse vereinigt, nur weil an der Spitze der Arbeiterbewegung die verhaßten Bolschewiks und die apokalyptische Bestie — Lenin — stehen. Das hat nur das alte Wort Lenins bestätigt, daß die sozialistische Intelligenz, die fast ausschließlich aus der bürgerlichen Klasse stammt, in ihrer Masse dem Bürgertum näher steht als der Arbeiterklasse.

Die Revolution vom Jahre 1905 hat Lenin die Rückkehr nach Rußland ermöglicht. Aber nur kurze Zeit konnte er dort ganz legal wohnen. Schon im Frühjahr 1906 begann die Reaktion und im Juli dieses Jahres fühlte sie sich so stark, daß sie auch die zweite Duma auseinanderjagte und das Wahlgesetz änderte. Lenin, der überhaupt nicht so leicht jemanden traut, um so mehr dem Gegner, traf seine Maßregeln und ließ sich in Finnland unweit von Petrograd nieder. Von dort aus entwickelte er seine energische Tätigkeit bis April 1907, wo er mit anderen zum dritten Parteitag nach London fuhr, um nicht mehr nach Rußland zurückzukommen. Nur die neue Revolution hat ihm die russische Grenze wieder eröffnet.

Wie alle großen, charakterfesten Leute wird Lenin entweder heiß geliebt oder stark gehaßt. Für seine Gegner ist er ein Ungeheuer, für das nichts Heiliges existiert, das aus lauter Wollust im Blute watet und chrgeizig nach der Staatsgewalt strebt. Für seine Anhänger dagegen, und besonders für Arbeiter ist er beinahe ein Götze. Es ist wirklich ein Mann, der Männer und Massen fortreißen kann. Kein großer Redner im äußerlich-technischen Sinne des Wortes, spricht er doch mit solcher Ueberzeugungskraft und solchem Aufschwung, daß Tausende von Menschen rasend werden. Der Kontakt mit der Masse regt ihn auf, und er besitzt das Geheimnis, seine eigene Ueberzeugung und seinen Glauben der Masse mitzuteilen. Dabei ist seine Rede schlicht, frei von jeglicher Ornamentation, sachlich und klar. Das sind seine Bilder, die aus seiner Rede emporströmen, das sind Taten.

Aber dieses Ungeheuer, das mit „eiserner Faust" jeden Widerstand niederschmettert und „nach Blut lechzt", sieht ganz anders aus, wenn man mit ihm zusammen am Arbeitstische sitzt und Pläne entwirft. Manuskripte durchsieht oder etwaige praktische Fragen bespricht. Keiner ist so willig, fremdem Rat zu folgen, wenn der Rat gut ist, keiner erlaubt so gutmütig, seine Manuskripte zu redigieren und zu „modifizieren", keiner unterwirft sich so gerne der Meinung der Majorität. Aber gewiß, wenn er nicht überzeugt ist, daß dadurch die Interessen der Partei und der Arbeiterklasse Schaden erleiden. Dann steht er fest bei seinen Forderungen, auch wenn es Bruch mit den besten Freunden gelten sollte.

„Frangas non flectes" (brechen, nicht biegen) — das ist von ihm gesagt.

Einen solchen Charakter braucht jetzt die russische Arbeiterklasse, wenn sie ihre historischen Forderungen erfüllt sehen will. Denn es gilt einen ungeheuren Kampf durchzumachen, gegen seine nächsten Freunde aufzutreten, seine verhetzenden Brüder zu überzeugen, wo nicht — zu überwältigen. Und dazu bedarf man wirklich eiserner Faust, eisernen Willens, eiserner Nerven.

Quittung.

Für Parteizwecke der U. S. P. Distrikt 1. Stadt 23 Mk. Distrikt Annweiler und Umgegend 280,75 Mk.

K. Reiwand, Parteisekretariat.

Aus der Provinz.

Bekämpfung des Kartoffelkrebses.

Aus verschiedenen Teilen des Reiches wird über das Auftreten des Kartoffelkrebses berichtet. Die von der Gesellschaft zur Förderung des Baues und der wirtschaftlich zweckmäßigen Verwendung der Kartoffeln herausgegebene Schrift Die wichtigsten Kartoffelkrankheiten und ihre Bekämpfung von Professor Dr. Schander enthält eine eingehende Abhandlung über den Kartoffelkrebs. Nach den Erfahrungen von Prof. Schander ist eine wirksame Bekämpfung dieser sehr gefährlichen Krankheit nur möglich, wenn die Vernichtung ihres Erregers, eines Pilzes, durchgeführt und dessen Verschleppung auf nicht-infizierten Gelände verhütet wird. Jeder Transport von infizierten Kartoffeln muß nach Möglichkeit vermieden werden, da beim Vorhandensein des Kartoffelkrebses nicht nur die Kartoffeln selbst, sondern auch die Ackererde infiziert ist. Der Pilz kann daher durch die an den Knollen haftende Erde, die beim Abladen, Hierbetten usw. der kranken Knollen abfällt, an dem Schuhwerk der hierbei beschäftigten Personen sich festsetzen und auf diese Weise auf gesunde Aecker weiter übertragen werden.

Merseburg. Beim Stehlen erwischt und verhaftet wurde hier eine 35 Jahre alte Frau aus Soldau. Sie hatte sich in eine Wohnung in dem Hausgrundstücke Hallische Straße 9 eingeschlichen und wurde bei der Ausführung eines Diebstahls abgefaßt.

Schkeudis. Die Auszahlung der Familienunterstützungen für die 2. Hälfte des Monats Dezember erfolgt am Montag, dem 17. Dezember, vormittags, und zwar von 8 bis 9 Uhr an Nr. 1 bis 250, von 9 bis 10 Uhr an Nr. 251 bis 500, von 10 bis 11 Uhr an Nr. 501 bis 750, von 11 bis 12 Uhr an Nr. 751 bis 1000.

— Verschiedene Einbrüche sind in den letzten Tagen verübt worden. Aus der Möbelfabrik von Schäfer u. Kirsch sind in der Nacht zum Dienstag mehrere Treibriemen von nicht unerheblichem Werte gestohlen worden. Von den Dieben fehlt bisher jede Spur. — In die verschlossene Wohnung des Kürschnermeisters Schneider, Kirchstraße 12, ist am Dienstag vormittag eingebrochen und aus dem in einem Schranke befindlichen Portemonnaie ein Geldbetrag entwendet worden. Der Diebstahl wurde sofort bemerkt, die angestellten Ermittlungen ergaben als Dieb einen 14jährigen Knaben.

Querfurt. Ins Krankenhaus eingebrochen. In der Nacht vom 10. zum 11. d. M. wurde im hiesigen Krankenhaus ein Einbruch verübt. Der oder die Diebe sind, nachdem sie das eiserne Gitterfenster fortgebogen haben, in die Speisekammer eingestiegen und haben sämtliches Geschlachtete von einem Schwein, sowie drei eingepökelte Gänse, 120 Pfund Zucker und andere Lebensmittel entwendet, die sie mit einem Handwagen fortgeschafft haben. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

Obhausen. 300 Mark Belohnung hat der Besitzer des Rittergutes Schieferhof, Böther, zur Ermittlung von Dieben ausgesetzt, die bei ihm einen Einbruchsdiebstahl verübt haben.

Oberröblingen. Kaninchen und Entendiebstahl. Einer Witwe wurden sieben große Kaninchen aus dem Stalle gestohlen, einem Bergmann aus dem Hofe drei Enten.

Friedeburg. Um den Hammelbraten gekommen. Verschiedene hiesige Einwohner hatten sich von auswärts Hammel gekauft und hier schlachten lassen. Behördlicherseits ist nun das Fleisch beschlagnahmt worden, und zwar deshalb, weil für die Tiere mehr als der festgesetzte Höchstpreis verlangt und bezahlt wurde.

Artern. Diebstahl im Bäckerladen. Aus der Ladenkasse des Bäckermeisters Engelhardt wurden 80 Mark entwendet, worunter sich 50 Mark Gefangenengeld vom Gefangenenlager Merseburg befanden.

Delitzsch. Quark wird verkauft auf Abschnitt 142 der Lebensmittelkarte bei Schneider, Dübener Straße, und Zeising, Fischergasse, am Freitag, dem 14. d. M., an die Buchstaben A bis G nachm. von 3 bis 4 Uhr, H bis M nachm. 4 bis 5 Uhr, Sonnabend, den 15. d. M., an die Buchstaben N bis R nachm. von 3 bis 4 Uhr, S bis Z nachm. von 4 bis 5 Uhr, Sonnabend, den 15. d. M., im Konsumverein, Moltkestraße. Auf den Kopf der Bevölkerung werden 80 Gramm an die dort eingetragenen Kunden verabfolgt. (W.-K.-Abschnitte) gelten voll.

Torgau. Jugendliche Diebe. Für etwa 1000 Mark Leinwand gestohlen wurde kürzlich in der hiesigen Herberge. Die Diebe sind jetzt von der Polizei ermittelt. Es sind zwei 18 Jahre alte Burschen, von denen einer erst wenige Tage vorher wegen Diebstahls verurteilt, die Strafe verbüßen aber ausgesetzt worden war. Die Leinwand hatten die Burschen bereits stückweise verkauft, sie konnte zu einem großen Teile wieder zur Stelle geschafft werden.

Kleinmehlen. Mit ihrem Kinde den Tod gesucht und gefunden hat die Ehefrau des im Felde stehenden Schmiedemeisters A. Thiele von hier. Die Leichen wurden bei der hiesigen Mühle aus der Pulsnitz gezogen. Was die Frau zu diesem unseligen Entschlusse getrieben hat, ist noch nicht festgestellt. Es wird angenommen, daß sie durch Schwermut zu der Tat veranlaßt worden.

Wittenberg. 4,20 Mark für die Rolle Nähgarn forderte auf dem Jahrmarkte ein Händler aus Leipzig. Da der Höchstpreis auf 60 Pfg. festgesetzt ist, wurde Anzeige bei der Polizei erstattet und der noch im Besitz des Händlers befindliche Vorrat beschlagnahmt.

— Vorsicht vor Taschendieben. Einer Frau von auswärts, die den hiesigen Jahrmarkt besucht hatte, wurde in dem Gedränge aus der Manteltasche das Portemonnaie mit 120 Mk., Reiseausweis und eine Verbandsmarke als Inhalt gestohlen.

— Glück im Unglück. Der beim Postamt als Postgehilfe beschäftigte Sohn des Oberpostassistenten Woserow wurde, als er auf dem Bahnhofe die Gleise überschreiten wollte, von einem Schnellzuge erfaßt und zu Boden geworfen. Bei dem Falle kam der junge Mensch zwischen die Schienen zu liegen, so daß der Zug über ihn hinbrauste, ohne ihn äußerlich zu verletzen. Indessen dürften die von den Puffern erhaltenen inneren Verletzungen recht schwere sein.

Halberstadt. Ueber Frieden, Freiheit, Brot wird am Sonntag, dem 16. Dezember, vormittags 10 Uhr, im Lichtspielhause der Reichstagsabgeordnete Brandes-Magdeburg, der sich jetzt der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angeschlossen hat, in einer öffentlichen Volksversammlung sprechen. Da der Saal am Nachmittag anderweitig besetzt ist, muß die Versammlung pünktlich beginnen. Die Genossen der umliegenden Ortschaften werden ersucht, da in den meisten Orten jetzt dazu keine Gelegenheit ist, an der Versammlung teilzunehmen, um die Auffassung ihres Abgeordneten persönlich kennen zu lernen.

Weißenfels. Die vielbegehrten Treibriemen. In einem nahe Hohenmölsen gelegenen Braunkohlenwerke wurden nachts vier Treibriemen im Werte von über 5000 Mk. gestohlen. Die Riemen hatten eine Länge von insgesamt etwa 40 Metern und waren 14—19 Zentimeter breit.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Freitag, den 14. Dezember: Trübe, mild, nur geringe Niederschläge.

Verantwortlich für: Politik, Parteinachrichten, Gewerkschaftliches und Allerlei Paul Hennig; Feuilleton, Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Karl Bock; Anzeigen Hilbert Arnold; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171213-14/fragment/page=0003

Walhalla-Theater. 8/4 Uhr. 3145

Letzte 3 Tage.

Akropolis.

Berühmte Meisterwerke der Plastik.

Carl Reinsch mit seinem Goldfuchshengst „Czardasfürst".

10 deutsch-polnische Tanzsterne 10

2 Burghairs. Gladiatoren-Spiele in meisterhafter Vollendung und weitere 6 Sensationen.

Kasse von 10—1½ und 4—6 Uhr.

2973 **Achtung!** Neu! Neu!

Altenburger Hof.

Am Alten Markt. Eingang Kutschgasse.

Täglich: **Gr. Konzert** der Hauskapelle.

Um regen Zuspruch bittet Frau **F. Kampe.**

Das beste Weihnachtsgeschenk

für Jedermann ist:

Eine Tube **Tanposol,** Rasier-Creme.
Eine Tube **Tanposol,** Wasch-Creme.
Eine Tube **Tanposol,** Zahnpasta.

Zu haben bei

H. Wettstein, Große Ulrichstraße 53.

3055 Chemische Waren.

Amtliche Bekanntmachungen.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, Freitag den 14., Sonnabend den 15. und Montag den 17. Dezember 1917 bei den von ihnen gewählten Großfirmen den in nächster Woche zum Verkauf gelangenden **Kunsthonig** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 13. Dezember 1917. **Der Magistrat.**

Entrichtung des Warenumsatzstempels für das Kalenderjahr 1917.

Auf Grund des § 161 der Ausführungsbestimmungen zum Reichsstempelgesetz werden die zur Entrichtung der Abgabe von Warenumsatz verpflichteten gewerbetreibenden Personen und Gesellschaften im Stadtkreis Halle aufgefordert, den steuerpflichtigen Jahresbeitrag ihres Warenumsatzes für das Kalenderjahr 1917 in der Zeit vom 2. Januar bis spätestens zum 30. Januar 1918 der unterzeichneten Steuerstelle Rathausstraße 6, 3 Treppen, Zimmer 125, schriftlich oder mündlich anzumelden und die Abgabe gleichzeitig mit der Anmeldung einzuzahlen.

Als steuerpflichtiger Gewerbebetrieb gilt auch der Betrieb der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei und des Gartenbaues sowie der Bergwerksbetrieb. Es sind ferner abgabepflichtig Oebster, Kommissionäre, Geschäftsvermittler, Briefmarkensammler, Versteigerer, Konkursverwalter, Hausierer, Marktgewerbetreibende, Pensionsanstalten u. a. m.

Beläuft sich der Jahresumsatz auf nicht mehr als 3000 M., so besteht eine Verpflichtung zur Anmeldung und eine Abgabepflicht nicht. Zur Vermeidung von Erinnerungen empfiehlt es sich jedoch für Gewerbetreibende, deren Warenumsatz den Betrag von 3000 M. nicht überschreitet, eine die Nichteinreichung einer Anmeldung begründende Mitteilung an die unterzeichnete Steuerstelle unter Verwendung des amtlichen Vordrucks zu machen.

Wer der ihm obliegenden Anmeldungspflicht zuwiderhandelt oder über die empfangenen Zahlungen oder Lieferungen wissentlich unrichtige Angaben macht, hat eine Geldstrafe verwirkt, welche dem zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Abgabe gleichkommt. Kann der Betrag der hinterzogenen Abgabe nicht festgestellt werden, so tritt Geldstrafe von 160 M. bis 3000 M. ein.

Zur Erstattung der Anmeldung werden den Abgabepflichtigen — soweit diese an Amtsstelle bekannt sind — Vordrucke übersandt werden. Wer bis 25. Dezember 1917 nicht im Besitze eines Anmeldungsvordruckes ist, hat einen solchen bei der Steuerstelle abzufordern. Stempelpflichtige sind zur Anmeldung ihres Umsatzes auch verpflichtet, wenn ihnen Anmeldungsvordrucke nicht zugestellt sind.

Ferner werden die Gewerbetreibenden darauf hingewiesen, daß sämtliche Unterlagen für die Beurteilung des Warenumsatzes sorgfältig aufzuheben sind. Die Anmeldung auf Grund von Schätzung (Frage 4c des Vordrucks) ist nur ausnahmsweise und dann anzugeben, wenn sonstige Unterlagen für die genaue Berechnung des Gesamtbetrages fehlen.

Da die Entrichtung der Abgabe gleichzeitig bei der Anmeldung zu erfolgen hat, ist die Uebersendung der Anmeldung durch die Post unzulässig. Die Stempelabgabe wird in diesen Fällen ohne Erinnerung zwangsweise eingezogen.

Der Warenumsatz ist ohne Abzug der Unkosten usw. anzumelden. Wir weisen ferner im Interesse der Kleingewerbetreibenden noch besonders darauf hin, daß nicht der gewerbliche Ertrag sondern das Ergebnis der täglichen Rohennahmen ziffernmäßig anzugeben ist. Zu den Anmeldungen sind nur amtliche Vordrucke zu verwenden.

Halle, den 10. Dezember 1917.

Warenumsatz-Steuerstelle für den Stadtkreis Halle.

Gust. Uhlig,

Grösstes Lager der Provinz.

Gegründet

3149 **1859.**

General-Vertrieb für

Grammophone und trichterlose

Gramolas mit reinem Ton und Wiedergabe **ohne störendes Nebengeräusch.**

Christbaumständer mit Musik.

100 Stück spielend.

Illustrierte Preisliste für Grammophone kostenlos.

Nur noch heute!

Alte Promenade IIa Fernruf 5738.

U.T. Leipzigerstrasse 88 Fernruf 1224.

Der Liebling des Publikums **Henny Porten** in **Die Faust des Riesen.** I. Teil in 4 Akten.

Lotte Neumann in **Lori & Co.** Filmspiel in 4 Akten.

Ab morgen!

John Riew. Ein Mädchenschicksal i. 4 Akt.

Erika Glässner in **Das Wäschermädel Seiner Durchlaucht.** Das beste Lustspiel der Gegenwart in 3 Akten.

Waldemar Psilander in: **Liebelei!** Drama in 4 Akten.

Arnold Rieck in: **Der Vetter a. Mexiko** Ein reizendes Lustspiel in 3 Akten. 3148

Anfang 4 Uhr.

Deutscher Bauarbeiter-Verband,

Zweigverein Halle.

Sonntag, 16. Dezember 1917, nachm. 2 Uhr im „Volkspark", Burgstraße 27.

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Bezirksleiters **Julius Koch,** Magdeburg, über das **Hilfsdienstgesetz.**
2. Aufstellung der Kandidaten zum Verbandstag.
3. Gewerkschaftliches.

Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig.

3132 **Die Ortsverwaltung.**

Herren- und Knaben-Anzüge, 3156

Paletots — Joppen — Ulster u. Beinkleider.

Gute Qualitäten. — Schöne Passform. — Vorteilhafte Preise.

Im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstraße 87.

S. H. Schönbach,

Schmeerstrasse 1,

empfiehlt als **Geschenk-Artikel:**

Kaffeebrenner, Wirtschaftswagen, Brotschneide-Maschinen, Essbestecke, Kartoffel-Reibemaschinen, Kohlen- u. Bolzen-Plätten, Kochtöpfe in allen Grössen, **Gas-Kochherde,** 1- u. 2flammig, **Aufsätze, Brotkörbe,** 3150

sämtliche Spielwaren.

Freie Waren:

Seidene **Krawatten, Lederhandschuhe, Herren-Velourhüte, Hosenträger.**

Otto Blankenstein,

Obere Leipziger Str. 71, Obere Sternstr. 36. 3106

Ansichts-Postkarten empfiehlt die Volksbuchhdlg.

Getränke, alkoholfrei.

Kaiser-Punsch, Fl. 2.45 ℳ
Rumo, Warmgetränk, Flasche 2.45 ℳ
Magenbitter-Likör, Flasche 2.85 ℳ
Pfefferminz-Likör, Fl. 2.85 ℳ
Wermuth-Fruchttrank, Flasche 3.35 ℳ
Wermuth-Likör, Fl. 3.75 ℳ
Wermuth-Wein, Fl. 7.35 ℳ
Veka-Rum-Ersatz, Fl. 4.55 ℳ
Sherry-Brandy, Fl. 4.05 ℳ
Kirsch-Likör, Fl. 4.05 ℳ
Kriegs-Bitter, Fl. 4.05 ℳ
Bonnekamp, Fl. 5.65 ℳ
Rotwein, Flasche 7.25 ℳ
Dessert-Wein, Flasche 7.95 ℳ
Malaga, Flasche 8.25 ℳ

im Kaufhaus **H. Elkan,** Leipzigerstrasse 87. 3158

Rucksäcke, noch in guten Stoffen

Markttaschen, noch in gutem Wachstuch mit Ledergriffen. 1910

Max Löschke, Alter Markt 3.

Karbid-Tischlampen 1916

sind angekommen. Merseburgerstr. 168, Karbid-Wurmstich

Gitarren, Lauten, Mandolinen, Geigen.

Das beste, begehrteste

Weihnachts-Geschenk

für unsere Krieger ist eine rein abgestimmte

Mund-Harmonika.

Gutenb. Patent-Plüschsofa, Ersatz für 2 Betten, Kleiderschrank, Vertiko, Spiegeltisch, Polsterstühl. Musikwerk (Piano) 17 Platten, preisw. z. verkaufen Gr. Gießerstr. 12, Eing. Advokatenweg. 3168

Haltbare **Schultornister** für Knaben und Mädchen, sehr preiswert. 3151

C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.

Mitglied d. Rab.-Sp.-Vereins.

Sendet 3143

abwaschbare Spielkarten ins Feld und Lazarett.

1 Spiel, mit Goldecken 1.10 Mark.

12 Spiele, mit Goldecken 12.50 Mark.

Bauerwäsche-Vertrieb

Kleiner Berlin 2, 1 Tr. Ecke Sternstrasse.

Platt-, Senk- u. Hohlfuss-Stützeinlagen.

Künzels „Fuß-Heil" bestes Mittel gegen 2144 Schweißfuß.

C. Klappenbach, Gr. Ulrichstr. 4.

Europas Tierwelt mit guten Bildern.

Für die reifere Jugend zusammengestellt, mit 168 Abbildungen.

Preis Mk. 2.50.

Nach außerhalb 30 Pfg. Porto.

Zu beziehen durch **alle Austräger** und die

Volks-Buchhandlung, Halle a. S., Harz 42/44.

Apollo-Theater. 3176

Heute, abends 8/4 Uhr: Zum 1. Male:

„Prima Ballerina"

Operette in 3 Akten von M. Reimann u. O. Schwarz.

In Berlin, Leipzig etc. ständig auf dem Spielplan.

Stadt-Theater Halle

Direktion: **Leopold Sachse.**

Freitag, den 14. Dezember 1917:

Das Konzert. 3136

Lustspiel in drei Aufzügen von Hermann Bahr.

Sonnabend den 15. Dezbr. 1917, **Die verkaufte Braut.**

Thalia-Theater.

Gastspiel d. Stadttheater-Personals

Sonntag, d. 16. Dezember 1917, abends 7½ Uhr:

3137 **Perleberg.**

Komödie von Karl Sternheim.

Großen Posten 1692

: Baumschmuck :

empfehlen Wiederverkäufern **Adler & Co.,** Franckestr. 18 Telephon 1081.

Kinder-Mäntel, Kostüme, Kostümröcke, Paletots, gegen bar oder erleichterte Zahlungsweise. 3057

Fr. Grenau, Barfüsserstr. 16.

Achtung!

Für die Abonnenten des Volksblattes.

Kriegs-Ratgeber

Bearbeitet von **Paul Alterthum,** Doktor der Staatswissenschaft.

Inhalt:

Kriegswirtschaftliche Organisation und Wohlfahrts-Einrichtung.

Die Kriegsverletzten- und Hinterbliebenen-Fürsorge nebst Erläuterungen.

A. Rentenbeträge nach der Länge der Dienstzeit.
B. Rentenbeträge u. d. Grade der Erwerbsunfähigkeit.

Preis 1.50 Mk. Für unsere Abonnenten 1 Mk.

Nach auswärts 10 Pfg. Porto.

Verlags- und Volks-Buchhandlung, Halle, Harz 42/44.

Familien-Nachrichten.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Begräbnis meines heißgeliebten, unvergeßlichen Mannes, unseres treusorgenden Vaters, sagen wir allen, die seinen Sarg so reich mit Blumen schmückten, herzlichsten Dank, auch Herrn Superintendent Hellwig für die trostreichen Worte am Grabe. Dank auch der Firma Callm und Meisterschaft. Ebenso wärmsten Dank für herzliche Teilnahme seiner Kollegen und Kolleginnen und Lehrlinge der Firma Callm.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau **Melanie Eitner.**

Halle, Eichendorffstraße 9. 3144

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme während der Krankheit sowie beim Tode und Begräbnis meiner lieben Frau, unserer uns unvergeßlichen Mutter

Hedwig Seidlitz

geb. Hübner,

sagen wir allen, welche uns so hilfreich zur Seite standen, unseren innigsten Dank. Insbesondere danken wir unseren werten Mitbewohnern und allen denen, die mit dazu beigetragen haben, uns das schwere Los zu erleichtern. Dank auch dem Herrn Pastor für seine Trostworte am Grabe.

Böllberg, den 13. Dezember 1917.

3146 **Heinrich Seidlitz nebst Kindern.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171213-14/fragment/page=0004

Wahlrecht und Gutsbezirke.

Wenn wir die preußische Wahlrechtsfrage als eine, ja als die deutsche Frage bezeichnen, so nicht wegen theoretischer Vorliebe für das Reichstagswahlrecht, sondern aus der Erkenntnis heraus, daß es nur nach Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts im größten deutschen Bundesstaat möglich ist, die Macht des preußischen Junkertums zu brechen und freiheitliche Zustände in Gesetzgebung und Verwaltung zu schaffen. Je mehr man in das Wesen der preußischen Gesetzgebung und Verwaltung eindringt, desto mehr empfindet man auf Schritt und Tritt das Unhaltbare des heutigen Zustandes. Die Lehre vom Obrigkeitsstaat zieht sich wie ein roter Faden durch die Gesetze, zarte Rücksichtnahme auf die Interessen der Besitzenden, allen voran des ostelbischen Junkertums, ist ihr charakteristisches Merkmal; Gesetze und Verordnungen, die sich eines ehrwürdigen Alters teilweise von fast hundert Jahren erfreuen, ragen als Ueberbleibsel einer Epoche finsterster Reaktion in die moderne Zeit hinein, fast überall weht einem Polizeigeist entgegen. Ja selbst an sich sonst nicht schlechte Gesetze, denen man einen gewissen sozialen Zug nicht absprechen kann, sind von diesen charakteristischen Merkmalen nicht frei. Es sei nur erinnert an das Einkommensteuergesetz, das sich mit seiner Progression in der Richtung der sozialdemokratischen Forderungen bewegt, das aber durch die Bevorzugung des ländlichen Grundbesitzes bei der Veranlagung eine schreiende Ungerechtigkeit bedeutet, es sei erinnert an das demnächst in Kraft tretende Wohnungsgesetz, das mit seiner Hergabe von staatlichen Mitteln zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaues ganz zweifellos einen Fortschritt aufweist, das aber andererseits dadurch, daß die Wohnungsaufsicht vor den ostelbischen Gutsbezirken haltmacht, und dadurch, daß die Befugnisse der Polizeibehörden den Gemeindeverwaltungen gegenüber nicht eingeschränkt, sondern sogar noch erweitert werden, den Beweis dafür erbringt, wie wenig sich der Gesetzgeber selbst bei Anbruch einer neuen Aera, deren Anforderungen er in gewisser Beziehung gerecht wird, von überlebten Vorurteilen und veralteten Anschauungen freizumachen imstande ist.

Die Regierung, die selbst fühlt, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, die aber andererseits nicht den Mut hat, mit großzügigen Reformen bahnbrechend voranzugehen, versucht es einstweilen, auf dem Verwaltungswege wenigstens einigen der schlimmsten Auswüchse zu steuern. Ein Anzeichen dafür ist das Revirement in den Verwaltungsstellen, die bisher so gut wie ausschließlich dem ostelbischen Feudaladel vorbehalten waren und die nunmehr auch Angehörigen des Bürgertums, natürlich nur der Bourgeoisie, beileibe nicht auch etwa der Arbeiterklasse, offenstehen sollen. Ein anderes Anzeichen dafür ist der bekannte Erlaß des Ministers des Innern vom 18. März 1916 über die Selbstverwaltung, worin Herr v. Loebell zu erkennen gibt, daß er mit dem Bevormundungssystem zu brechen gewillt ist, ohne sich aber durch eine grundlegende Aenderung der einschlägigen Gesetze der Möglichkeit zu berauben, sobald er oder einer seiner Nachfolger es für angebracht hält, auch wieder den früheren Kurs zu steuern.

Mit bloßen Verordnungen, sie mögen noch so gut gemeint sein, ist es nicht getan. Unsere ganze preußische Gesetzgebung bedarf einer Aenderung von Grund aus, und diese Reform muß, wenn wir uns zunächst auf eine allgemeine Betrachtung beschränken und von der Erörterung von Einzelheiten Abstand nehmen, anknüpfen an die Stein-Hardenbergsche Gesetzgebung, die zu Beginn des vorigen Jahrhunderts nach Zertrümmerung des Feudalstaates Preußen mit dem Rechtsverhältnis der Unterthänigkeit aufgeräumt hat, und deren Wesen die großen Reformatoren selbst zusammengefaßt haben in die Worte:

Zutrauen veredelt den Menschen.
Ewige Vormundschaft hemmt seine Reise.

Formell ist die Unterthänigkeit beseitigt, tatsächlich hat sie in den ostelbischen Gutsbezirken ihre Wiederauferstehung erfahren. Die Verfassung kennt nur noch Staatsbürger, vor dem König von Preußen gibt es keine Untertanen, aber dem Gutsherrn sind die Einwohner seines Gutsbezirks unterthänig; in Ausübung seiner obrigkeitlichen Gewalt, die ihm auf Grund des ererbten oder erkauften Besitzes Rechte und Pflichten des mittelbaren Staatsbeamten verleiht, stehen ihm Zwangsbefugnisse zu, er kann Geld- oder Haftstrafe festsetzen, er kann die Ausführung zu erzwingender Handlungen durch einen Dritten auf Kosten des in Anspruch Genommenen anordnen, in seinen Händen ruht unter Umständen die Gutspolizei, von seinem Willen hängt da, wo der Gutsbezirk einen selbständigen Ortsarmenverband bildet, die Gestaltung der Armenpflege ab, geradezu verhängnisvoll ist sein Einfluß auf die Volksschule.

Und die Zahl der Gutsbezirke ist nicht etwa gering, sie geht in die Zehntausende und übertrifft in einzelnen östlichen Provinzen die Zahl der Landgemeinden und Städte. Die Junker wissen genau, daß hier die Quelle ihrer Macht wurzelt. Daher ihr jäher Widerstand gegen jeden gesetzgeberischen Eingriff in die Rechtsverhältnisse der Gutsbezirke, ein Widerstand, der sich bekanntlich bei Beratung der Kreisordnung vom Jahre 1872 so steigerte, daß die Regierung, um ihn zu brechen, zu einem Pairsschub im Herrenhause schreiten mußte. Bedenkt man, daß die Gutsbezirke auch für die Wahlen zum Kreistage die weitgehendsten Vorrechte genießen, erwägt man ferner den Einfluß, den die Kreistage auf die Zusammensetzung der Provinziallandtage haben, und hält man sich vor Augen, daß die Kreistage und Provinziallandtage wiederum bestimmend sind für die Gestaltung der Kreisausschüsse, Bezirksausschüsse und des Provinzialrats, so hat man einen Begriff von der ungeheuren Macht dieser mittelalterlichen Gebilde der Gutsbezirke, deren Beseitigung die Vorbedingung jeder Neuordnung der innerpolitischen Verhältnisse Preußens sein muß.

Paul Hirsch.

Ums tägliche Brot.

Die Zuckerversorgung gefährdet.

Wir müßten und könnten sehr reichlich Zucker haben! Die bekannte Kriegswirtschaft hat uns auch dieses Lebensmittel vorgezaubert. Ihre erste Arbeit auf diesem Gebiete war die, die Abgabe von Zucker zu beschränken, damit bei der „Ueberproduktion" der Preis nicht gewerfen werde. Mit der Zeit hat man es dahin gebracht, daß eine Ueberproduktion den Preisen nicht mehr gefährlich werden kann. Der Preis steht nun vielmal so hoch, als der war, den England vor dem Kriege für deutschen Zucker anlegen mußte; aber trotz der gewaltigen Preissteigerung gibt es nur wenig Zucker, und es besteht die Gefahr, daß wir auf noch schmalere Rationen gesetzt werden. Aus zwei Ursachen: einmal fehlt es den Fabriken an Kohlen. Mit diesem Hindernis der Erzeugung wird man jedoch wohl noch fertig werden können. Anders steht es mit einer weiteren Hemmung der Produktion. Zwar ist die Rübenernte nicht schlecht, sie konnte ziemlich reichliche Erträge liefern, aber die Ernte wird beschnitten durch ein starkes Köpfen der Rüben — zum Zwecke der Gewinnung von Futter, vielleicht auch zu dem, privaterweise — außerhalb der Steuer- und Rationierungskontrolle — Zucker zu erzeugen. Das Köpfen erfolgt in so erheblichem Umfange, so stark, daß aus dem Kreise der Zuckerfabriken bereits Hilferufe gegen die durch das Köpfen hervorgerufene Gefährdung der Erzeugung laut werden. Wohin man schaut: überall stellen sich die Sonderinteressen in den Vordergrund, bedrohen und schädigen die allgemeine Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigsten Nahrungsmitteln.

Neue Preiserhöhung für Streichhölzer.

Wie aus Berlin berichtet wird, hat der Verein Deutscher Zündholzfabrikanten erneut beim Bundesrat den Antrag gestellt, die seit dem 16. Dezember 1916 festgesetzten Höchstpreise für Zündhölzer mit Rücksicht auf die Preissteigerung für Chemikalien, Rohstoffe, Arbeitslöhne usw. zu erhöhen. Der jetzige Fabrikhöchstpreis an den Großhandel beträgt 250 Mark für die ganze Kiste mit 10000 Schachteln Streichhölzern.

Halle und Saalkreis.

Halle, den 13 Dezember 1917.

Die Fehler der Kommunalverbände.

Auf einem genossenschaftlichen Einkaufsleitertag in Hamburg wurde in einem Referat des Geschäftsführers Seifert (Hamburg), nachdem er das Versagen der Nahrungsmittelversorgung nachgewiesen hatte, folgendes ausgeführt:

„Von den radikaleren Maßnahmen ist der Anbauzwang als undurchführbar abgelehnt worden, die schärfere Erfassung durch die Kommunalverbände und ihre Vertrauensleute kann hinsichtlich des Erfolges heute noch nicht beurteilt werden. Gebessert würde zweifellos, wenn Vorkehrungen getroffen werden, daß

1. bei den amtlichen Maßnahmen weniger oft ein Mangel an den nötigen Kenntnissen und im Verkehr weniger Bureaukratismus zutage träte und
2. den Kommunalverbänden die vielfach konstatierte Ignorierung der festgesetzten Höchstpreise, namentlich im Einkaufe, wirksam unterbunden würde.

Die willkürliche Höchstpreisüberschreitung beim Einkaufe durch die Kommunalverbände macht uns, soweit der Handel noch frei ist, das Geschäft geradezu unmöglich, da wir uns nicht durch Höchstpreisüberbietung als Käufer und Verkäufer der Bestrafung aussetzen und obendrein unsere Abnehmer in eine schiefe Lage bringen wollen, zum Höchstpreis aber Ware, vor allem auf dem Lande, so gut wie gar nicht zu haben ist, weil die Aufkäufer der Kommunalverbände aus sich selbst heraus bis zum doppelten Betrage des festgesetzten Erzeugerhöchstpreises bieten, um nur Ware zu erhalten. Die Konsequenz dieser Mißachtung der Vorschriften ist gewöhnlich, daß die Verbände auch die Kleinhandelspreise selbstherrlich über die Höchstsätze festlegen, zum Nachteil der von ihnen zu versorgenden Bevölkerung. Das ist gefährlich, weil einmal die Preise ganz allgemein immer höher geschraubt und die Landwirte zu Vergehen gegen die Verordnungen nicht nur ermutigt, sondern geradezu erzogen werden, und weiter das schlechte Beispiel der Verbände auch verderblich auf den Handel einwirkt, dessen Ueberschreitungen geduldet werden.

Einschränkung des Gasverbrauches.

Von der Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke wird uns geschrieben: In den letzten Tagen hat der Gasverbrauch in der Stadt Halle eine Zunahme erfahren, die darauf schließen läßt, daß die Verbraucher sich zumeist über die Bedeutung der Verordnung des Magistrats vom 5. Dezember 1917 betr. die Einschränkung des Gasverbrauchs noch nicht klar geworden sind. Unter dem 5. Dezember 1916 war angeordnet worden, daß der städt. Gaseleitung vom 6. Dezember 1916 ab nicht mehr als ⅔ des Verbrauchs in der gleichen Zeit des Jahres 1915 entnommen werden dürfe. Da nun seit August 1917 der Verbrauch an Gas durch Verordnung des Reichskommissars für Elektrizität und Gas vom 26. 7. 17 und der Bekanntmachung des Vertrauensmannes vom 11. 8. 17 allgemein auf ⅔ des Verbrauchs in der gleichen Zeit des Jahres 1916 eingeschränkt ist, so mußte für die Zeit vom 6. bis 31. Dezember 17 diese letztere Vorschrift aufgehoben werden, weil sonst für diese Zeit nur die Entnahme von ⅔ · ⅔ = 4/9, d. h. nur ⅔ der Hälfte des Verbrauches im Dezember 1915 gestattet gewesen wäre. Die erwähnte Bekanntmachung des Magistrats vom 5. Dezember 17 gestattet deshalb bis zum 31. Dezember die Entnahme der Verbrauchsmenge in der gleichen Zeit des Jahres 1916 uneingeschränkt, d. h. ⅔ des Verbrauches im Dezember 1915. Der für Dezember 1917 zulässige Verbrauch ist somit im allgemeinen noch etwas geringer als für November 1917. Die Gasverbraucher werden unter Hinweis auf vorstehende Mitteilungen erneut zu größter Sparsamkeit im Gasverbrauch ermahnt. Die Kohlenbelieferung des städtischen Gaswerks ist seit einer Woche wieder so angespannt, daß in einigen Tagen dazu geschritten werden muß,

die Gasabgabe zeitweise zu sperren,

wenn es nicht durch Sparsamkeit im Gasverbrauch gelingt, Kohleneingang und Gasabgabe in Uebereinstimmung zu bringen.

Das Bier wird noch dünner!

Der Zentralausschuß für Inlandsbierversorgung hat kürzlich beschlossen, den Brauereien zu empfehlen, sich die allgemeine Einführung eines Einfachbieres mit einem Stammwürzegehalt von nicht mehr als 2 Prozent angelegen sein zu lassen. Wie weit wir damit auf dem Wege der Bierverdünnung gelangt sind, geht daraus hervor, daß im Frieden die Normalbiere einen Stammwürzegehalt von etwa 10 bis 12 Prozent zu haben pflegten. Im Februar 1917 wurde dann der Mindestgehalt des Bieres auf 6 Prozent und für Einfachbier auf 5 Prozent oder weniger festgesetzt. Es erfolgten weitere Herabsetzungen, und zuletzt wurde für das Dünnbier eine Stammwürze von etwa 3 Prozent bestimmt.

Das „persönliche Moment" der Bierstreckung liegt darin, daß der Wassergehalt des Bieres, sein unschädlicher Bestandteil, nur sehr allmählich vergrößert wurde. Freilich, für die Gambrinusjünger, die an einen „kräftigen Schluck" des „edlen Gerstensaftes" gewöhnt waren, ist das nur ein recht magerer Trost. Aber mächtiger als alte Gewohnheiten haben sich die eisernen „Kriegsnotwendigkeiten" erwiesen, die uns zu Entbehrungen außerlegt haben, die jemals zu ertragen sich im Friedenszeiten kein Mensch hat träumen lassen. Die Einschränkung des Biertrinkens und das Trinken von „Dünnbier" dünkt uns darunter wahrlich nicht die unerträglichste! Denn das viele, oft gedankenlose Biertrinken, dem namentlich das deutsche Studenten- und Philisertum vor dem Kriege mehr huldigten, als den edleren Dingen, die das Dasein zu bieten hat, gehörte wahrhaftig nicht zu den schönsten und rühmlichsten Sitten unseres vielgerühmten Deutschlands. Es ist ja ohnehin traurig genug, daß uns erst die Kriegsentbehrungen lehren und zwingen mußten, zu erkennen, wie viele wertvolle Nahrungsmittel durch die Massenerzeugung von Bier der eigentlichen

---

40]

Der Sonnenwirt.

Roman von Hermann Kurz.

„Ach, Gott verzeih' mir's! Ich hab' dich eben so lieb, und darum hab' ich's getan. Aber recht ist's doch nicht, und so davon zu reden, das ist sündlich."

„Du Annemergele, du! Aber wir wollen nicht streiten. Komm, wollen lieber küssen."

„Mein'twegen, die Kirch' ist ja schon lang' aus."

Sie gingen, sich küssend und umschlingend, weit ins beschneite Feld, ohne dem Frost eine Gewalt über ihr Jugendfeuer zu gönnen; ja, sie warfen einander, wenn sie sich müde gelaufen hatten, mit Schneeballen, und traf er sie mit einem gar zu derben Wurfe, so gab dies wieder Anlaß zu Söhnungsbitten und neuen Liebkosungen. Dazwischen zerstreute er ihre stets auftauchenden Besorgnisse wegen der Zukunft durch die blindtosten Versicherungen und Schwüre. Der Mond sank erblassend gegen Westen hinab, und die ersten Schauer der Morgenfrühe wehten über die Flur, als sie sich endlich trennten. Immer später kam in den nächsten Nächten die abnehmende Sichel auf den Schauplatz, und immer noch traf sie das Paar und beleuchtete eine Glückseligkeit, die sich um die Welt nichts kümmerte. Wenn aber je Christine wieder zu sorgen und zu zagen begann, so wußte Friedrich sie zugleich zu necken und zu trösten. „Ich glaub', der Mut verfriert dir," sagte er. „Wir werden uns in der Hütte hinhütte bergen müssen. Sieh', du bist mein Weib vor Gott, ich werd' nicht von dir lassen und nicht eher ruhen, bis du es auch vor den Menschen bist. Ich hab' einmal gesagt: Ich will! und das Wollen in eigner Sach' ist viel stärker, als das Nichtwollen in fremder Sach'. Wenn ich eher den Kopf hergeb' als meinen Willen und mein Herz, und das darfst mir zutrauen, so wird das Nichtwollen schon mürb' werden. Merk' dir nur eins und laß dir's gesagt sein: Will' und Lieb', die stiehlt kein Dieb."

12.

Zu dem Gantverfahren, das der alte Sonnenwirt seinem Sohn angeraten hatte, schien er ihm volle Zeit und Muße verstatten zu wollen; denn er ließ ihn seine Tage und Nächte umgeistert nach seinem Gutdünken hindringen. Friedrich befolgte das Gebot seines Vaters, ihm nicht vors Angesicht zu kommen, buchstäblich, und obgleich seine Stiefmutter tätlich über die gestörte Hausordnung seufzte, wenn er sich das Essen durch die Dienstboten auf seine Kammer dringen ließ, so wußte sie doch nichts dagegen einzuwenden, weil er sich auf den unmittelbaren Ausspruch des Familienoberhauptes berufen konnte. Dabei ließ er sich's jedoch angelegen sein, mit seinen Dienstverrichtungen immer da einzugreifen, wo er den Vater nicht gegenwärtig wußte. Die Nächte widmete er den Zusammenkünften mit seiner Geliebten, und da er mit allen Gängen und Schlichen vertraut war, so machte es ihm keine Schwierigkeit, beim Heimgehen wieder in das verschlossene Haus zu kommen. Es schien ihm beinahe, als ob sein Vater, nachdem er einmal seine Willensmeinung ausgesprochen, den Dingen ohne weiteres Einschreiten den Lauf lassen wollte.

Hierin täuschte er sich aber sehr. Der Sonnenwirt hatte, nach reiflicher Beratung mit dem Chirurgen, seinen Plan und Entschluß gefaßt, und wenn die Ausführung desselben sich gerade so lange verzögerte, um einen bereits gesponnenen Schicksalsfaden vollends unabänderlich zu befestigen, so war ja dies einer von den Fehlschlägen, welche die kurzsichtigen Ratschläge der Menschen so häufig treffen. Der Sonnenwirt wollte sicher gehen und seinen Plan gründlich durchsetzen. Er schickte seine Frau, mit einem Brätchen aus der Metzig, ins Amtshaus, um durch sie der Amtmännin zunächst mitteilen zu lassen was er mit seinem Sohne vorhabe. Hierzu hatte er einen doppelten Grund. Einmal beanspruchte die Obrigkeit dieselbe unbedingte Gewalt über den Bürger, welche dieser über das Tun und Lassen seiner Kinder, selbst in ihren eigensten Angelegenheiten und noch im erwachsenen Alter, auszuüben sich berechtigt glaubte, und es wäre sehr übel vermerkt worden, wenn man in einem Haus auch nur eine Familiensache ins Werk zu setzen gewagt hätte, ohne sich vorher den Rat des gestrengen Herrn unter der Leitung seiner noch gestrengeren Frau zu erbitten oder ihnen wenigstens der äußeren Form nach die Ehre der Gutheißung zu lassen. Außerdem aber wollte der Sonnenwirt durch diese Unterwürfigkeit für den Fall, daß sein Sohn den Widerspenstigen machen würde, sich des amtlichen Beistandes versichern.

Die Amtmännin nahm das Geschenk und die Mitteilung der Sonnenwirtin mit Wohlgefallen auf. Sie gestand ihr offen, daß es ihr jedesmal übel werde, wenn sie den ungeschliffenen Flegel nur von weitem sehen müsse. Auch war sie der Ansicht, daß für die Ruhe des Fleckens nicht besser gesorgt werden könne, als durch seine gänzliche Entfernung auf immer oder doch auf möglichst lange Zeit; denn, meinte sie, ein so gewalttätiger Mensch, der kein Gesetz achte, könnte am Ende, wenn nicht alles nach seinem Kopfe gehe, wohl noch imstande sein, Mord und Totschlag zu verüben oder gar den Leuten die Häuser über dem Kopf anzünden. Sie verhehlte der Sonnenwirtin nicht, daß gar mancherlei über ihn gemurmelt werde. Man sage, er habe an Silvester nicht nur beinahe die ganze Nacht auf höchst gefährliche Weise im Flecken geschossen, sondern auch seinen Feinden einen Mordschlag gelegt, der so Menschen als Gebäuden einen erheblichen Schaden hätte bringen können; anderer Greueltaten zu geschweigen. Alles dieses werde mit leichten Stücken zu beweisen sein, sowie man ihm nur ernstlich zu Leibe gehen wolle, und das Amt halte also bereits wieder neue Blitze gegen ihn in der Hand. Es sei sonach eine wahre Wohltat für den ungeratenen Jungen, wenn man ihn diesen Blitzen noch zu rechter Zeit entziehe, und möge er dann fortbleiben, oder, was sie zwar nicht hoffe, später geschult und gebessert zurückkehren, so sei jedenfalls die Sonne vor dem Unglück behütet, durch eine so unanständige Heirat zu einem Pöbelwirtshause zu werden, aus welchem ehrbare Leute wegbleiben müßten. Die Sonnenwirtin stimmte allen ihren Reden aus mütterlichem Herzen bei und brachte dieselben, nachdem sie mit der Amtmännin viel darüber gespottet, welch eine Wirtin das Bauernmensch geben würde, freigebig mit Zusätzen vermehrt, ihrem Manne heim.

Nach dieser vorläufigen Verlässigung begab sich der Sonnenwirt mit dem Chirurgus zum Amtmann, dem er mit Hilfe des letzteren vortrug, er habe, wie dem Herrn Amtmann wohl bewußt sein werde, einen Sohn, der unerachtet aller väterlichen Bemühungen und trotzdem, daß er viel Geld auf seine rechtliche und christliche Erziehung verwendet, bis jetzt nicht habe einschlagen wollen und ihm nun gar noch das Kreuz mache, in seiner Minderjährigkeit an eine ganz ungleiche Heirat mit einer Bauerntochter, die nichts sei und nichts habe, zu denken. Da nun das Sprichwort mit Recht sage: „Wohl aus den Augen, wohl aus dem Sinn", so habe er sich resolviert, ihn in die Fremde zu schicken. Er habe in Frankfurt oder vielmehr in Sachsenhausen, welches gleich daneben überm Mainstrom liege, einen leiblichen Bruder, der dasselbst gleichfalls Wirt zur Sonne und in jungen Jahren durch eine Glücksheirat mit einer Witwe in den Besitz derselben gekommen sei. Dem wolle er seinen Sohn zuschicken, in der Hoffnung, daß derselbe unter einem fremden Himmel und bei andern Leuten seine Torheit vergessen und sich vielleicht den Kopf auf eine zuträgliche Art verstoßen und die Hörner ablaufen werde. Er habe sich nun die Freiheit nehmen wollen, zu fragen, was der Herr Amtmann von der Sache denke. Der Amtmann erwiderte, der Gedanke habe seinen ganzen Beifall, denn fremde Städte und fremde Menschen sehen, das putze den Kopf aus. „In dem Frankfort," sagte er, „bin ich auch schon gewesen," worauf der Sonnenwirt und der Chirurgus ihre untertänige Verwunderung ausdrücken, daß der Herr Amtmann schon so weit gereist sei. Die Amtmännin, welche sich ungesäumt im Rat eingefunden hatte, sprach davon, wie wohltätig es überhaupt wäre, wenn man alle ungeschlachte junge Leute ein wenig in die weite Welt schicken könnte, um dort gehobelt zu werden. Als sodann der Sonnenwirt die Möglichkeit zur Sprache brachte, daß sein Sohn es etwa an der gewünschten Reiselust fehlen lassen könnte, ließ ihn der Amtmann ganz außer Sorgen sein, denn er werde jedenfalls mit seiner vollen Autorität dazwischen fahren und gedenke, mit einem jungen Trotz- und Querkopf schon noch fertig zu werden; er schreibe ohnehin heute noch einen Bericht über mehreres nach Göppingen und wolle in denselben einfließen lassen, daß der junge Mensch, der dem löblichen Oberamt auch schon mehr als billig zu schaffen gemacht, mit seiner Erlaubnis in die Fremde gehe.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171213-14/fragment/page=0005

Volksernährung sinnlos entzogen wurden. Wird diese Erkenntnis über den Krieg hinaus dauern und in der dauernden Einschränkung in der Herstellung und dem Genusse des Bieres praktische Anwendung finden, so ist das zweifellos nur als ein Kulturgewinn zu begrüßen. Die eingeschworenen Biertrinker dürften freilich nicht dieser Meinung sein. Aber sie scheinen uns auch nicht die berufenen Bahnbrecher für Gesitt und Kultur zu sein. Müssen sie infolge der zwingenden Kriegsnotwendigkeiten im Biertrinken jetzt „Maß halten", so können sie es vielleicht auch später. Wenn auch im Sinne des Heinschen Totenfresser: Anfangs wollt ich fast verzagen, und ich glaubt', ich trüg es nie, und ich hab' es doch ertragen. — er fragt mich nur nicht wie . . .

Städtische „Weihnachtsgeschenke"

Der Magistrat kündet an: Die Stadt besitzt noch Restmengen von Kaffee, Tee, Kakao und Schokolade. Das Ernährungsamt will damit der Bürgerschaft eine kleine Weihnachtsfreude bereiten; jede Hausfrau soll in den Feiertagen eine gute Tasse Kaffee, Tee, Kakao oder Schokolade auf den Tisch bringen können. Da von keiner Ware soviel vorhanden ist, um jeder in gleicher Weise zu bedenken, soll das Los darüber entscheiden, was jeder einzelne erhalten soll. Zur Verteilung gelangen: 85,000 Päckchen Kaffee zu 60 Gramm, 7500 Päckchen Tee zu 40 Gramm, 65,000 Päckchen Kakao zu 40 Gramm, 18,000 Tafeln Schokolade zu 100 Gramm.

Jedes Päckchen bzw. jede Tafel kostet 75 Pf. Abgegeben werden auf den Kopf jedes Haushaltes ein Päckchen oder eine Tafel. Ist die Gabe auch klein, so hoffen wir doch, daß sie so freundlich aufgenommen wird, wie sie gemeint ist. — Die Verteilung beginnt am Freitag, d. 14. Dezember, in der Talamtsschule gegen Vorzeigung des Lebensmittelscheines. Zugelassen werden am 14. d. M. vormittags von 8¼ bis 12 Uhr die Inhaber der Lebensmittelscheine Nr. 1 bis 3500, nachmittags von 2 bis 6 Uhr diejenigen der Nrn. 3501 bis 7000. Es wird dringend gebeten, daß die Haushalte nur an dem Tage zum Einkauf erscheinen, an welchem die Nummer ihres Lebensmittelscheines aufgerufen ist, da sonst der Anspruch zum Einkauf verloren gehen könnte.

---

* Vorbereitung der Fahrpreise für Schnellzüge. Für die neue Art der Erhebung der Ergänzungsgebühr für Schnellzüge liegen jetzt die amtlichen Bestimmungen vor. Sie klären verschiedene Fragen auf, die alle bisherigen Mitteilungen offen gelassen hatten. Vor allem wird auch der Schnellzugzuschlag in doppelter Höhe erhoben. Es sind also in doppelter Zahl Fahrkarten für Schnellzüge oder für Personenzüge und Zuschlagkarten zu lösen. Das gleiche gilt für Gesellschaftssonderzüge und für alle Fahrten, für die Fahrpreisermäßigung vorgesehen sind, für Kinder, Zeitkarten, Arbeiter, Kranke usw.

* Um Erleichterung des Dienstes des Post-Bestellpersonals ersucht die Postverwaltung in der folgenden Zuschrift: Der Mangel an Arbeitskräften, der sich auf allen Gebieten geltend macht, beeinflußt den Postbestelldienst fortgesetzt ungünstig. Bei der Notwendigkeit, in diesem Dienstzweig auch zahlreiche körperlich weniger starke Hilfskräfte, namentlich weibliche Personen, zu beschäftigen, tritt diese Erscheinung täglich mehr hervor. Besonders geeignet zur Erleichterung des Bestelldienstes ist die möglichst ausgedehnte Anbringung von Briefkasten oder Briefeinwürfen an den Hauseingängen, den Wohnungstüren, den Einfriedigungen von Vorgärten usw. sowie die Benutzung vorhandener Aufzugsvorrichtungen und Fahrstühle durch die bestellenden Boten.

* Dürfen Düten besonders berechnet werden? Immer wieder werden bei Verbrauchern Zweifel laut über die Zulässigkeit der Forderung einer besonderen Vergütung für Verpackung durch den Kleinhandel. Diese Fragen werden begründet durch die wiederholten Versuche mancher Kleinhändler, durch solche Forderungen die Höchstpreise zu überschreiten. Die Volkswirtschaftliche Abteilung des Kriegsernährungsamts hat aus solchem Anlaß folgenden Bescheid erteilt: „Sofern Höchstpreise für eine Ware festgesetzt sind, ist in der besonderen Berechnung der Düten über den Höchstpreis hinaus eine Umgehung oder eine Ueberschreitung des Höchstpreises zu erblicken. Ob bei anderen Waren eine übermäßige Preissteigerung durch besondere Berechnung der Düten hervorgerufen wird, das muß im einzelnen Falle geprüft und entschieden werden."

* Städtische Möbelversorgung. Die Stadtverordnetenversammlung in Köln beschloß eine Einrichtung zu treffen, durch die den Kölner Familien, namentlich den Neuvermählten die Beschaffung von Möbeln erleichtert werden soll. Das Unternehmen, an dem das Handwerk und der Handel beteiligt ist, wird mit einem Kapital von zwei Millionen Mark ins Leben treten.

* Im Stadttheater wird heute, Donnerstag, Die Fledermaus von Johann Strauß gegeben. Am Freitag geht unter der Spielleitung von Adalbert Krüger das Lustspiel Das Konzert von Hermann Bahr in Szene. In den Hauptrollen sind beschäftigt die Damen Hartmann, Gravi, Troeger, Debicke, Roesler, Michael, Ziemann, die Herren Zistig, Eckhardt, Teuscher. Am Sonnabend wird Die verkaufte Braut wiederholt. Sonntag nachmittag gelangt als Fremden-Vorstellung zu ermäßigten Preisen Der Trompeter von Säkkingen, abends 7½ Uhr d'Alberts Oper Die toten Augen zur Aufführung. Montag Der Waffenschmied.

* Die Geschäftszeit der Gas- und Wasserwerkskasse ist bis auf weiteres nur von 8½ Uhr morgens bis 2 Uhr nachmittags.

* Walhallatheater. Der jetzige Spielplan bleibt nur noch bis Sonnabend, den 15., vorgesehen. Am Sonntag, den 16. d. M., ist ein vollständig neuer Spielplan vorgesehen, in dessen Mittelpunkt die berühmte Verwandlungsschauspielerin Fregoli, die in allen Großstädten, in welchen sie bis jetzt gastierte, bewunderndes Aufsehen erregt hat und auch hier die Zugkraft des neuen Spielplans bilden dürfte. Es sei noch erwähnt, daß zwei Komiker, und zwar der beliebte Paul Göbel und der bayrische Franz Adams verpflichtet sind, so daß es auch an dem nötigen Humor nicht fehlen wird.

Thalia-Theater. Am Sonntag, dem 16. Dezember, abends 7½ Uhr, wird im Thalia-Theater das Lustspiel Perlekerg von Karl Sternheim durch das Schauspiel-Personal des Stadttheaters zur Aufführung gebracht. Die Besetzung der Hauptrollen ist die gleiche wie im Stadttheater.

* U-T-Lichtspiele, Alte Promenade. Heute tritt zum letzten Male Henny Porten in dem Drama Die Faust des Riesen auf. Morgen beginnt ein neuer Spielplan, in dem Erika Gläßner ihre Heiterkeit und ihren sprühenden Witz zur Belustigung der Zuschauer in dem Lustspiel Das Wäschermädl Seiner Durchlaucht zum besten gibt, während in John Riew ein spannendes Drama zu sehen sein wird.

* U-T-Lichtspiele, Leipziger Straße 88. Lotte Neumann wird sich heute verabschieden von dem beliebten aller Filmdarsteller, Waldemar Psilander, das Feld zu überlassen. Dieser wird in dem Drama Liebelei auftreten, während Arnold Rieck, der Unverwüstliche, den heiteren Teil als Vetter aus Mexiko ausfüllt.

* Vier Einbrecher und zwei Hehler wurden in den letzten Tagen von der Polizei dingfest gemacht. Sie hatten es auf Geflügel und Kaninchen abgesehen, und hier und in Schotteren 10 Treibriemen gestohlen, von denen noch etwa die Hälfte bei den Dehlern, die sie gekauft, gefunden wurden.

* Zweiundzwanzig Pfund Zucker gestohlen. An der Ecke der Trothaer und Braunsdorfer Straße wurde ein Mann durch einen Polizeibeamten angehalten, der etwa 22 Pfund Rohzucker bei sich führte. Es stellte sich heraus, daß der Mann den Zucker auf seiner Arbeitsstelle gestohlen und schon früher Zuckerdiebstähle dort ausgeführt hatte. Er wurde festgenommen.

Zur Einschränkung in der Elektrizitätsabnahme zwingt ein Maschinenschaden in dem stromliefernden Elektrizitätswerk in Gröbers. Die Elektrische Ueberlandzentrale Saalkreis-Bitterfeld ersucht daher in einer Bekanntmachung alle Kraftstromabnehmer, jede Einschaltung und den Betrieb von Elektromotoren in den Lichtverbrauchsstunden von 6—8 Uhr vormittags und von 1/2 5—8 Uhr nachmittags unbedingt zu unterlassen. „Es hängt von der Einsicht der Stromabnehmer und der Einhaltung dieser Bestimmung ab, daß das stromliefernde Werk nicht unerwartet und unvorbereitet die Stromzufuhr zur Zeit des Hauptschichtbetriebes sperrt und dadurch die Lichtversorgung aller Einwohner unseres Stromabgabegebietes gestört wird."

Allerlei.

Die Opfer der Explosion in Halifax.

Aus London wird gemeldet: Die nunmehr bekannte Anzahl der Toten in Halifax beträgt 1200. Es werden noch 200 Personen vermißt. Die Anzahl der Verwundeten beträgt 8000; 25 000 Personen sind obdachlos. Der Schaden wird auf 30 Millionen Dollar geschätzt. — Der Kapitän des Munitionsschiffes, das in die Luft flog, erklärte, er habe 5000 Tonnen Ladung an Bord gehabt, meist Explosivstoffe.

Ein ganzer Wagen mit Brotkarten gestohlen.

Eine kaum glaubliche Diebstahlsgeschichte hat sich kürzlich in Berlin ereignet. Die Stadt Berlin läßt die fertiggedruckten Brotkarten der Sicherheit halber durch Wagen, die von Soldaten begleitet werden, von der Buchdruckerei abholen und sie nach dem Bestimmungsort bringen. Ein Soldat führt als Kutscher den Wagen und mehrere Soldaten zu Fuß begleiten ihn. Als einer jener vollbepackten Wagen kürzlich eine Straßenecke passierte, trat plötzlich ein Unteroffizier an den Wagen heran und befahl der Mannschaft, den Wagen nach der A.-Straße zu fahren. Der Unteroffizier begleitete den Wagen und ließ ihn auf dem Hofe des angegebenen Grundstücks entladen. Dann befahl er den Soldaten, nach Hause zu fahren. Als die Mannschaften den Hof verlassen hatten, kamen die Freunde des angeblichen Unteroffiziers — in der Tat war er gar nicht Soldat, sondern ein vielgesuchter Verbrecher — und gingen nach den Verkauf der erbeuteten Brotkarten. Es gelang der Behörde, noch einen Teil der Karten zu beschlagnahmen und festzustellen, daß der „Unteroffizier", dessen Tat große Aehnlichkeit mit der des „Hauptmanns von Köpenick" hat, geisteskrank sei.

Die „Kriegshose".

Wie die Donauzeitung berichtet, kam in Oberrombach bei Landshut in Bayern ein Landwirt ohne Hosen nach Hause zurück. Er hatte sich eine Kriegshose für 16,50 Mk. gekauft, mit der er beim Ackern in Regen kam. In der Nässe schrumpfte die Hose dahin, und lediglich noch mit Joppe, Hut und Schuhen bekleidet mußte der Mann seine Heimfahrt antreten.

100 000 Mark Geldstrafen. Der Inhaber des städtischen Ausstellungspalastes in Dresden, Gustwirt Hohlfeldt, hatte durch den Kaufmann Engel in Görlitz große Mengen Speiseöle aufkaufen und diese durch den ehemaligen Fleischermeister Hauenstein zu Wucherpreisen vertreiben lassen. Dieser verkaufte auch im Auftrage Hohlfeldts große Mengen Seifen, die ebenfalls zu Wucherpreisen verkauft wurden. Alle drei wurden deshalb bereits Ende des Jahres 1916 zu hohen Geldstrafen und einigen Monaten Gefängnis verurteilt. Sie legten Revision ein. Das Reichsgericht hob das erstinstanzliche Urteil auf. Bei der neuen Verhandlung wurde jetzt Hohlfeldt zu drei Monaten Gefängnis und 32 892 Mark Geldstrafe oder zwei Jahren Gefängnis, Hauenstein zu fünf Monaten Gefängnis und 22 600 Mark Geldstrafe oder zwei Jahren Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust und Engel zu zwei Monaten Gefängnis und 32 892 Mark Geldstrafe oder zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Elefant als Lebensretter. Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen und einem Elefanten-Gespann in der Willnitzer Straße in Dresden kam der Führer des Gespanns unter den Triebwagen. Als der Elefant seinen Führer in dieser gefährlichen Lage sah, zog er ihn mit dem Rüssel hervor und schwang ihn auf den Wagen.

Papierkleider auf dem Theater. Die ersten papiernen Frauenkleider werden nach der Papierzeitung in diesen Tagen im Raimund-Theater in Wien getragen werden. Sämtliche Mitwirkende werden in Papierkleidern auftreten. Die Kleider können gereinigt werden, vertragen aber Feuchtigkeit nicht.

Drahtlose Verbindung Hollands mit seinen Kolonien. Haag, 12. Dezember. Der Minister für Wasserstraßen hat 5 Millionen Gulden zur Errichtung einer drahtlosen Station für die Absendung und den Empfang drahtloser Telegramme nach und von Westindien angefordert. Die Telefunken-Gesellschaft in Berlin wird in etwa drei Monaten die Empfangseinrichtung und in etwa 1½ Jahren die Abgabeeinrichtung fertigstellen.

Die russischen Kronjuwelen, die auf 500 Millionen Franken geschätzt werden, sind aus dem Museum der Petersburger Eremitage verschwunden. Sie sind wahrscheinlich zu Beginn des Krieges ins Ausland in Sicherheit gebracht worden.

Die Schwarzen erschweren die Feuerbestattung. München, 11. Dezember. Der Zentrumsantrag, der auf völlige Einstellung der Feuerbestattung abzielte, wurde im Kriegswirtschaftsausschusse mit der Aenderung angenommen, daß die Besserung von Kohlen für Krematorien eingestellt wird, wenigstens bleibt so die allerdings sehr erschwerte Möglichkeit der Holzfeuerung.

Sie halten durch. In einer hiesigen „Wein- und Austernstube" nahmen zwei Kriegsgewinner — richtiggehende Kriegsgewinner, nicht etwa „fehlemnende Munitionsarbeiter" — am Sonnabendmittag folgende gesagte Mahlzeit zu sich:

2 Pasteten	10,— Mk.
8 leg. Suppen	4,50 „
3 Seezungen	30,— „
2 Hahnen	40,— „
2 gem. Kompot	5,— „
1 Holländer	1,50 „
3 Wasser	1,50 „
2 Wein	12,— „
	104,50 Mk.
Zigaretten	7,50 „
	112,— Mk.

(Aus der Rheinischen Zeitung, Köln.)

Satire. Herrscher und Beherrschte. Ich glaube nicht, daß Gott die größere Hälfte der Menschheit mit Sätteln auf dem Rücken und einem Zügel im Mund geschaffen hat und eine Handvoll Leute gesattelt und gespornt, um auf den andern zu reiten. — Der englische Demokrat Rumbold vor seiner Hinrichtung, 1865.

Heiteres. Morgens kommt Bubi zu seiner Mutter ins Bett gekrabbelt und sagt behaglich: „Ach, da ist's aber warm; da merkt man nichts vom Krieg!" — In der Gemeinde war Preisviehausstellung. Auf dem Programm war zu lesen: 11 Uhr: Ankunft des Preisviehes. 12 Uhr: Ankunft der Preisrichter. 1 Uhr: Gemeinsames Mittagessen.

Quittung.

Auf Liste Nr. 22 aus der Gießerei Wegelin u. Hübner 27,75 Mark. Liste 27 10,70 Mk. Liste 37 14,15 Mk.

Der Bezirksvorstand Halle.
J. A.: K. Renvand.

Volkshaus Jessnitz.

Sonntag, 16. Dezember, abends 7 Uhr:

Gr. vaterländischer Unterhaltungs-Abend

der beliebten

Meysel-Sänger.

Theaterdirektor: Emil Meysel, Leipzig.

Nur Original-Darbietungen

auf dem Gebiete des Humors, des Gesanges und der Schauspielkunst. *1690

Karten-Verkauf und Preise wie bekannt.

Um gütigen Zuspruch bittet Die Verwaltung.

Schuh-Bedarfs-Artikel:

Stahl-Sohlenschoner und Absätze 3138
Holzsohlen — Sandalenhölzer — Holzabsätze — Pantoffelhölzer — Schuhspanner — Bürsten — Schuhcreme — Wichse — Schuhschwärze — Unternähholzen — Einlegesohlen — Dreifüße — Schuhnägel — Lederfett.

Annahme von Schuh-Besohlungen für Germania-Holzsohlen.

Im Kaufhaus **H. Elkan.**

Konsum-Verein f. Jeßnitz u. Umg.
e. G. m. b. H.

Die Auszahlung d. Rückvergütung

erfolgt am

Sonntag, den 16. Dezember 1917 in Jeßnitz:
Vormittags v. 9—12 Uhr auf Buch-Nr. 1—500,
nachmittags v. 1—4 Uhr a. Buch-Nr. 501—900,
nachmittags v. 4—6 Uhr a. Buch-Nr. 901—Ende.
Dienstag, den 18. Dezember 1917 in Wolfen
nachmittags von 1—4 Uhr im Geschäftslokale.
Mittwoch, den 19. Dezember 1917 in Bobbau
nachmittags von 2—4 Uhr im Geschäftslokale.

Wir möchten doch bitten, das Geld zur bestimmten Zeit abholen

*1689 Der Vorstand.

Johannes Thurm. 3142
Reilstraße 10.
Freitag nachmittag: Nr. 1701—2100.
Glauchaerstraße 79.
Sonnabend vormittag: Nr. 3201—3500.

Böhlert's Roßschlächterei. 3139
Freitag: Nr. 1701—2100,
Sonnabend: Nr. 2101—2500.
Es wird nur nach Nummern verkauft. — Papier und Gefäße sind mitzubringen.

Winter-Ueberzieher u. Ulster

Hauptzweig des Geschäfts
in wunderbar schönen Farben und noch guten Stoffen in Hunderten am Lager.

Hauptpreislagen: 65 78 u. 100 Mark.

In grünen, grauen, braunen, schwarzen, blauen und sonstigen Modefarben, in glatten Glockenformen, mit oder ohne Quetschfalten oder sonstigen Modefassons.

Ferner ein Posten schwere, stark gefütterte 3140

Wintermäntel,

mit und ohne Pelerinen, bester Schutz gegen Kälte, passend für Reise und Nachtdienst,
zu wohlfeilen Preisen.
Verkauf nur gegen Bezugschein.

Ernst Renner,
nur 14 Marktplatz 14.
Nächsten Sonntag 1 bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Soeben eingetroffen!
Empfehlen Wiederverkäufern
Ia Kuchengewürz,
Pfefferkuchen-Gewürz,
Vanillin-Aroma,
Backpulver, *1691
10 und 15 Pfg. Ladenpreis.
Adler & Co., Frankestr. 18.
Telephon 1081.

Parteischriften empfiehlt Volksbuchhandlg.

Stickscheren
für alle Handarbeiten, sehr billig. 3151
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Mitglied d. R.-Sp.-Vereins.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219171213-14/fragment/page=0006